

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mr. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 17.

Donnerstag, den 21. Januar 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der „nächste Krieg“.

Auf den „nächsten Krieg“ rüstet sich ganz Europa. Wann er kommen wird — Niemand weiß es. Daß er kommen wird, diesen Glauben aufrecht zu erhalten, ist das Interesse Aller, die sich einen Zustand nicht vorstellen wollen, in dem die Völker erkannt haben, daß schon der „bewaffnete Friede“ wohlstandvernichtend wirkt. Wie er sich gestalten wird? Welche Opfer er den Völkern auferlegen wird? Wie viel Menschenleben er dahintraffen wird? Wer will es wissen? Nur wird mit Bestimmtheit behauptet, daß er blutiger, daß er schrecklicher sein würde, als jeder seiner Vorgänger.

Doch hören wir über diesen Punkt die gewichtige Stimme eines Fachmannes. Der bayerische Generalarzt I. Klasse, z. D., Dr. Julius Port, der den Krieg mit seinen Massenschlächtereien aus eigener Anschauung kennt, hat bei Ende in Stuttgart eine Broschüre erscheinen lassen „Den Kriegsverwundeten ihr Recht“. In dieser Broschüre schildert er den peinlichen Eindruck, den er im Jahre 1870 auf dem Schlachtfelde von Wörth empfangen hat, wo die Turkos beim Zurückweichen Leichenwälle zu ihrem Schutze aufwarfen. Dann schreibt der Generalarzt wörtlich:

„Heute bin ich über die „Leichenwälle nicht mehr so beunruhigt wie vor 25 Jahren. Ich fürchte jetzt, daß sie in künftigen Kriegen auch bei uns Mode werden. Es scheint mir dies eine kaum vorausgesehene Folge der gegenwärtigen Bewaffnung zu sein, welche Deckungen jeder Art mehr wie jemals gebietet fordert. Hat man doch schon daran gedacht, die Schilde wieder einzuführen, freilich nicht solche aus Holz oder Leder, sondern aus schwer durchdringbaren Aluminiumlegierungen. Die Schilde hätten jedenfalls den ästhetischen Vorzug, daß die Soldaten in menschlicher Körperhaltung stolz und aufrecht wie die alten Krieger kämpfen könnten. Bis die Schildfrage gelöst ist, bleibt nichts übrig, als die Schlachten nach Bierfüßlerart zu schlagen, lagenartig auf dem Boden fortzukriechen, maulwurfsartig sich in den Boden einzuwühlen. Der Spaten ist neben dem Gewehr der unentbehrlichste Ausrüstungsgegenstand geworden. Manche Völker haben sich schon früher auf diese Maulwurfsarbeiten sehr gut verstanden, jetzt müssen auch wir uns dem Zwange fügen. Wo es nur immer möglich ist, werden unsere Soldaten sich künftighin der Schützengräben bedienen. Der Schützengraben führt aber mit Nothwendigkeit zum Leichenwall. Man denke sich eine Verteidigungsstellung mit flüchtig ausgehobenen Schützengräben, die in der Eile nicht mit rückwärtigen Verbindungsgängen versehen werden konnten, so daß die Verstärkungen, die nach und nach zu der ersten Besatzung der Schützengräben herangezogen werden müssen, ein unbedecktes, dabei aber von Kugeln scharf bestrichenes Gelände zu überschreiten haben. Sie werden das im wilden Laufe thun und blindlings in die Schützengräben hineinpringen, wobei für die Gesunden und die Verwundeten, die im Graben liegen, zahlreiche Fußstritte von derber Art abfallen werden. Sobald sich im Schützengraben die Leichen in störender Weise angesammelt haben, müssen sie nothgedrungen hinausgeworfen werden. Nach rückwärts kann dies nicht geschehen, weil dadurch das Nachrücken der Reserve erschwert würde, es geschieht so nach vorwärts, wobei sich von selbst der Vortheil der Verstärkung der Brustwehr ergibt. Wenn bei dieser Gelegenheit ein noch Lebender mit hinausfliegt, so ist das gewiß ein Glück für denselben, denn auf der Brustwehr erhält er vom Feinde bald die Gnadenkugel, während er im Graben wahrscheinlich weniger schnell todtgetreten wird. Das ist so ungefähr das Bild des Krieges der Zukunft, wie es sich wohl nicht immer, aber recht häufig gestalten wird. Wir sind damit auf der tiefsten Stufe der Nothheit angekommen; ein noch tieferes Herabsinken ist vor der Hand wenigstens nicht denkbar. Wenn das die letzten Früchte der Zivilisation sind, so war es nicht der Mühe werth, den Naturzustand zu verlassen; denn im Vergleich dieser Kulturroheit war die natürliche Nothheit eine paradisiische Unschuld. Wenn man die reißenden Fortschritte überblickt, welche die Verwilderung der Gemüther im breiten Volksschichten macht, und daneben zu allem Ueberfluß auch noch diese Verwilderung der Kriegsführung

sehen muß, so hat man wohl Ursache, besorgt der Zukunft entgegenzugehen.“

So der Fachmann, ein deutscher Generalarzt, dem gewiß Niemand vorwerfen wird, daß er aus zweifelhaften Gründen „in Sensation machen“ wolle; denn seine Broschüre ist den edelsten, menschenfreundlichsten, beifallswürdigsten Absichten entsprungen. So sieht es nach dem Urtheile Dr. Port mit denen aus, die mit dem Feinde auf dem Schlachtfelde zu thun haben!

Und die Daheimgebliebenen? Nun, wenn man bedenkt, daß im „nächsten Kriege“ jeder europäische Großstaat ca. 4 Millionen Streiter im besten Mannesalter auf die Beine bringen wird, so ergibt sich von selbst, daß die Zurückbleibenden, der arbeitssamsten und fleißigsten Hände beraubt, dem Hunger ausgeliefert werden müssen. Ein anderer Fachmann, der französische Kontreadmiral Reveillere sagt in seinem 1894 erschienenen Buche „Die Eroberung des Weltmeeres“: Die schrecklichste Seite des „nächsten Krieges“ sei vielleicht weniger das blutige Drama des Schlachtfeldes (trotzdem, was den Kämpfern nach den Schilderungen Ports bevorsteht!), als der Stillstand des Volkslebens. Jedermann sei an der Grenze; „jeder verzehrt, keiner arbeitet; es ist allgemeiner Ausstand. Stille herrscht auf den Feldern und in den Fabriken und Werkstätten, die nicht einen Tag aussetzen können, ohne Tausenden das Brod zu entziehen. Der Krieg ist ebenso ein wirtschaftlicher wie ein kriegerischer Kampf. In einem deutsch-französischen Kriege, an dem auch Rußland theilnimmt, wird das Volk siegen, das am geduldigsten ist.

Das am geduldigsten ist, d. h. das am längsten hungert kann! Was aber den Daheimgebliebenen bevorsteht — ganz gleich, ob den daheimgebliebenen Deutschen, Franzosen oder Russen — dasselbe wird den in den Feldzug Bezogenen, die nicht der mörderischen Wirkung der verbotenen Waffen unterliegen, nicht erspart bleiben. Es ist nicht in Laienkreisen, sondern in militärischen Fachkreisen schon mehr als einmal die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die Verpflegung von vielen Millionen von Soldaten schlechterdings unmöglich sein wird.

Man sieht, daß der Uebel vor dem Kriege selbst, wie die Furcht vor den unausbleiblichen Begleiterscheinungen und Folgen wirtschaftlicher Art mächtig genug sein müssen, die Möglichkeit eines Krieges überhaupt mehr und mehr verschwinden zu lassen. Es ist kaum anzunehmen, daß irgend eine Militärpartei in Europa so wahnsinnig sein sollte, den gefürchteten „nächsten Krieg“ heraufzubeschwören. Sollte etwa in Rußland dieser verbrecherische Wahnsinn praktisch werden, so träte damit für das Zarenreich eine neue Perspektive ein: der Sturz der zarischen Dynastie. Denn es versteht sich von selbst, daß, wenn Rußland seine bewaffneten Millionen nach Westeuropa wirft, im Innern die vom Nihilismus geschürte Revolution, zu der Rußland schon längst reis ist, ausbrechen und Alles wegfehen würde, was bisher die Krute geschwungen hat. Das muß auch der Militärstaat Rußlands ganz bestimmt wissen, und man weiß es.

Aus allen diesen Gründen ist die Abwirthschaftung der Epoche des Militarismus näher gerückt. Mehr und mehr werden sich die Völker davon überzeugen, daß das Zeitalter, in dem Streitigkeiten der Nationen auf dem Wege internationaler Schiedsgerichte geschlichtet werden müssen, näher ist, als die blinden und blöden Anbeter des Militarismus glauben machen wollen, jenes Militarismus, der die Völker schon im Frieden anzehrt und, wie der eingangs erwähnte deutsche Sachverständige hervorhebt, alle Bestrebungen auf Veredelung der Menschheit zu Nichte macht. (Volksztg.)

Politische Mundschau.

Deutschland.

Das dicke Ende kommt noch. Der deutsche Reichstag wird für Artillerie- und Marinezwecke noch Summen bewilligen müssen, die eine Erhöhung der Steuereinnahmen nothwendig zur Folge haben werden. Die Ausrüstung der Artillerie mit Schnellfeuerkanonen stößt bei den bürgerlichen Parteien auf keine Opposition; selbst Eugen Richter tritt schon in seinem Blatte für diese Forderung ein. Wieviel mehr erst wird das Zentrum dafür zu haben sein. Etwas anderes ist es mit den Forderungen für neue Kriegsschiffe. Zwar ist der Reichs-

tag bisher in der Bewilligung von Geldern für Marinezwecke etwas spröde gewesen, und die Offiziere haben umsonst versucht, ihn mit allen möglichen Mitteln, selbst mit Drohungen gefügiger zu machen. Das Zentrum war bisher einigermaßen gefeit gegen den Flottenenthusiasmus und hat mit Recht auf die für deutsche Verhältnisse hohen Summen hingewiesen, die im Laufe der Jahre für die Marine bewilligt worden sind. Für unsere Begriffe sind diese Ausgaben geradezu enorm. Es ist vielleicht an der Zeit, einmal wieder dem Volke jene Rechnung aufzumachen, die zeigt, daß auch die Marineausgaben sich in einer Weise gesteigert haben, die es nahelegt, Igerade auf diesem Gebiete alle Mehrforderungen von der Hand zu weisen. Nach einer Zusammenstellung aus amtlichen Quellen stellte sich die Belastung des ordentlichen Ausgabe-Etats durch die Marine-Verwaltung wie folgt:

| Für das Jahr | 1876 | auf | 21 281 042 Mk. |
|--------------|---------|-----|----------------|
| „ | 1877/78 | „ | 23 914 545 |
| „ | 1878/79 | „ | 26 410 000 |
| „ | 1879/80 | „ | 27 458 000 |
| „ | 1880/81 | „ | 28 748 100 |
| „ | 1881/82 | „ | 29 919 406 |
| „ | 1882/83 | „ | 30 015 589 |
| „ | 1883/84 | „ | 29 059 907 |
| „ | 1884/85 | „ | 29 724 888 |
| „ | 1885/86 | „ | 41 118 400 |
| „ | 1886/87 | „ | 38 995 200 |
| „ | 1887/88 | „ | 42 135 300 |
| „ | 1888/89 | „ | 40 431 700 |
| „ | 1889/90 | „ | 45 245 200 |
| „ | 1890/91 | „ | 46 648 500 |
| „ | 1891/92 | „ | 62 035 400 |
| „ | 1892/93 | „ | 72 650 400 |
| „ | 1893/94 | „ | 70 923 300 |
| „ | 1894/95 | „ | 71 647 400 |
| „ | 1895/96 | „ | 81 315 128 |

Das sind allein die ordentlichen Ausgaben. Sie haben sich seit 1876 ziemlich verdreifacht und in manchen Jahren war die plötzliche sprungweise Erhöhung der Ausgaben eine ganz erhebliche. Man merke an dieser Aufstellung, daß, sobald eine solche sprungweise Erhöhung erfolgte, nie mehr ein Rückgang der ordentlichen Ausgaben in den darauf folgenden Jahren erreicht wurde, sonder daß die ordentlichen Ausgaben bis zum nächsten Sprunge sich ganz in der Nähe dieser plötzlich gesteigerten Ausgabesummen bewegten. Wenn daher jetzt wieder eine solche sprungweise Erhöhung der ordentlichen Ausgaben bewilligt wird, so muß diese Summe ohne Gnade und Pardon auch in den kommenden Jahren getragen werden. Ein Zurück giebt es, wie die Erfahrung zeigt, nicht. Aber zu diesen ordentlichen Ausgaben kommen erst noch die außerordentlichen, die sich auch hübsch summirten im Laufe der letzten zwanzig Jahre; sie betragen in den Jahren 1876 bis 1895/96 der Reihe der Jahre nach: 4 769 300, 26 577 000, 31 038 000, 58 614 010, 11 618 200, 9 373 558, 6 728 200, 9 693 825, 26 915 900, 11 556 200, 12 195 100, 11 085 700, 11 632 100, 10 763 800, 23 306 200, 24 739 000, 19 317 700, 10 619 000, 4 231 200, 7 342 800. Rechnen wir die ordentlichen und außerordentlichen Marineausgaben für die letzten 30 Jahre zusammen, so ergibt sich, daß das deutsche Volk für Marinezwecke die horrenden Summe von rund 1164 Millionen Mark bezahlt hat. Sollte Angehts dieser Zahlen nicht jeder Flottenkoller beschwichtigt werden?

Luzo Brentano über den Liberalismus. Aus München schreibt man: In der Festrede, die Professor Luzo Brentano am ersten Versammlungsabende des jüngst neubegründeten sozialwissenschaftlichen Studentenvereins hielt, kam er unter Anderem auch auf den heutigen „Liberalismus“ und die Ursachen seines Verfalles zu sprechen. „Der Liberalismus“, so führte er aus, „ist von der Stellung einer herrschenden Partei zur Ohnmacht herabgesunken und hält sich nur noch im konservativen Fahrwasser. Gerade die Liberalen entbehren heute des jugendlichen Nachwuchses, weshalb sie auf die heutige Jugend schimpfen und ihr charakterlose Streben vorwerfen. Die Jugend hat sich von den Liberalen nicht bloß nach rechts abgewandt, wo ihr die Karriere winkt, sondern auch nach links, wo ihrer jedwede Hintansetzung und Verfolgung wartet. Leute von sehr guter Familie und voll tüchtiger Begabung gingen mit Begeisterung zur Sozialdemokratie über. Der Niedergang des Liberalismus hat seinen wissenschaftlichen Untergrund. Der Liberalismus hat eine optimistische Weltanschauung und erklärt diese Welt als die beste der Welten. Die vom Liberalismus ausgegebene Parole der Gleichberechtigung aller

zug, solange alte unhaltbare Schranken zu beseitigen waren. Als aber diese alten Schranken niedergedrückt waren, da ward eine neue Herrschaft des wirtschaftlich übermächtigen, des privilegierten Besitzes errichtet. Der Ruf nach positiver Organisation fand beim Liberalismus keinen Widerhall. Er wollte nur ein negatives Programm, weil dies seinen Interessen entsprach. Die Arbeiter, die statt der Freiheit nur gesteigerte Schutzlosigkeit gefunden hatten, verließen die liberale Partei. Und ihnen schlossen sich alle jene an, die unter den neuen Produktionsformen litten. Auch die Tugend wandte sich vom Liberalismus ab; die Großherzigkeit nahm sie mit, aber als neues Postulat fügte sie die positive Organisation hinzu. Ueber diese offenerherzige Sprache eines königlich bayerischen Nationalökonomens ist natürlich die liberale Presse nicht sehr erbaud und sucht sich daher, so gut es geht, aus der Verlegenheit zu helfen indem sie diesen Theil der Rede Brentanos entweder ganz unterschlägt oder nur in einem verstümmelten und mit abschwächen sollenden Bemerkungen versehenen Auszuge wiedergibt.

Aus der Zwanghaft wegen Zeugnißverweigerung ist in Frankfurt a. M. der Redakteur der „Frankf. Ztg.“ Giesen am Sonntag Mittag entlassen worden, ohne daß Giesen Zeugniß abgelegt hatte. — Die Einstellung des Zeugnißzwangsverfahrens und die Entlassung des Redakteurs Giesen aus der Zwanghaft ist, wie die „Frankf. Ztg.“ mittheilen kann, auf Veranlassung derjenigen Instanzen erfolgt, die das Verfahren eingeleitet hatten. Diese haben sich von seiner Nutzlosigkeit überzeugt und ihm deshalb ein Gemacht.

Zu der Margarinefrage soll, wie die „Post“ erfahren haben will, eine Emigung über das Farbverbot zwischen der Regierung und den Antragstellern erzielt worden sein.

Der bündlerischen „Deutschen Tages-Zeitung“ ist nunmehr die Anklage wegen öffentlicher Beleidigung durch die Presse zugegangen. Es handelt sich um die Antwort auf einen Artikel der „Bank- und Handels-Zeitung“, die von der Ursache zu reden wußte, weshalb der Zar nicht Bismarck besuchte. Die „Deutsche Tages-Zeitung“ meint, sie werde zwar die Abweisung der Klage beantragen müssen, da die Voraussetzungen der Klageschrift unzutreffend seien, halte es aber trotzdem für wünschenswerth, daß vom Gerichte dem Klage-Antrage des Ober-Staatsanwalts Drescher zur Verhandlung stattgegeben werde.

Zum Prozeß Tausch haben auch die „Hamburger Nachrichten“ in einem aus Friedrichsrub inspirierten Artikel, der den Zweck hat, Herrn Tausch von den Hochschöphen des Fürsten Bismarck abzuschnitteln, das Wort ergriffen. Das Blatt führt Folgendes aus:

„Für das dienstliche Verhalten des früheren Polizeikommissars und für dessen Anstellung hatte das Auswärtige Amt keinerlei Verantwortung. Der mehr eifrige als geschickte Beamte stand ursprünglich im Dienste der elsass-lothringischen Staatshalterei, und in Berlin gehört die Polizei nicht zum Ressort des Auswärtigen Amtes, sondern zu dem des Ministeriums des Innern. Letzteres würde sofort die Kabinetsfrage gestellt haben, wenn der auswärtige Minister sich in Personalfragen der inneren Anstellungen hätte mischen wollen.“ Das Blatt kommt dann auf den Fall Schnäbele zu sprechen: „Es ist uns nicht unwahrscheinlich, daß der Name des Herrn von Tausch in der Schnäbele-Angelegenheit damals im Auswärtigen Amt bekannt geworden ist. Er war eben ein Polizeibeamter, der mehr polizeilichen Eifer als völkerrechtliche Vorbildung besaß; sonst wäre er nicht auf den rechtswidrigen Gedanken gekommen, Schnäbele, den man häufig als freiwilligen Besucher in Mey hätte verhaften können, die Falle eines dienstlichen Rendezvous zu stellen. Der völkerrechtliche Irrthum, der hierin lag, wurde im Auswärtigen Amt beim ersten Bekanntwerden des Vorganges festgestellt.“

Die „Hamburger Nachrichten“ „glauben“ nicht, daß Bismarck und Herr v. Tausch jemals in Berührung gekommen sind, und daß der erste Reichskanzler den unter ihm angeblich eine Rolle spielenden Beamten auch nur vom Ansehen gekannt hat. Wenn Herr v. Tausch in Berlin überhaupt eine Rolle gespielt habe, so könne dies nur unter der Regide des Ministeriums des Innern geschehen sein. Zu dem gegen Tausch schwebenden Prozeß wird bemerkt: „Wenn er Hintermänner hat, so vermuthen wir, daß sie ganz wo anders sitzen als da, wo man sie bisher gesucht hat, und es wäre daher zur Beruhigung in dieser Richtung zu wünschen, daß der Prozeß gegen Herrn v. Tausch mit etwas mehr Beschleunigung betrieben wird und nicht etwa im Sande verläuft.“ Das wollen wir hoffen.

Die diesjährige Generalversammlung des Bundes der Landwirthe wird am Montag, den 15. Februar, wiederum in Berlin im Circus Busch abgehalten werden.

Ueber die Volkszählung vom 2. Dezember 1895 wird das endgültige Ergebnis im „Reichsanzeiger“ auf Grund einer Zusammenstellung des statistischen Amtes veröffentlicht. Danach sind im Deutschen Reich gezählt worden 52 279 901 (gegen die Zählung von 1890 ein Plus von 2 851 431) ortsanwesende Personen; davon 25 661 250 männlich, 26 618 651 weibliche Personen. Was die Bevölkerung der Einzelstaaten angeht, so hat Preußen eine Bevölkerung von 31 855 123 (die in () gesetzten Zahlen geben die Zunahme seit der Volkszählung von 1890 an) (1 897 756), Bayern 5 818 544 (223 562), Sachsen 3 787 688 (285 004), Württemberg 2 081 151 (44 629), Baden 1 725 464 (67 597), Elsaß-Lothringen 1 640 986 (37 480) Personen.

Eine Interpellation hat der wilkonservative Abgeordnete Dr. Sahn im Reichstag eingebracht dahin, ob die Regierung beabsichtigt, den § 26 der Washingtoner Beschlüsse von 1889 über das Wegerecht der Fischerdampfer, welcher bereits zum 1. Juli d. J. in Kraft treten soll, in Kraft zu setzen, oder nachdem die Unhaltbarkeit der Bestimmung des genannten Paragraphen

sich herausgestellt hat, die Anregung zu einer neuen internationalen Regelung des Seestrafenrechts für Fischerfahrzeuge in die Hand zu nehmen.

Enquete über die Lage der Bureauangestellten. Aus Veranlassung mehrfacher Beschwerden der Bureau-Angestellten bei Rechtsanwälden, Notaren, Genossenschaften u. über den Mangel einer gesetzlichen Regelung ihrer wirtschaftlichen Lage hat der Reichskanzler umfassende Erhebungen eingeleitet. Durch Ausfüllung von Fragebogen sollen die persönlichen und dienstlichen Verhältnisse der Bureauangestellten ermittelt werden.

Die Haftpflicht der Unternehmer. Nach § 97 des Unfallversicherungs-gesetzes sind Unternehmer oder deren Angestellte, gegen die durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß sie einen Betriebsunfall vorsätzlich oder fahrlässig durch Außerachtlassung einer Berufspflicht herbeigeführt haben, persönlich haftbar für alle Aufwendungen, die auf Grund des Unfallversicherungs-gesetzes gemacht werden müssen. Dem Verletzten oder dessen Angehörigen steht überdies gegen solche Unternehmer oder Angestellte, bei denen die Vorsätzlichkeit strafgerichtlich festgestellt ist, auch noch Anspruch auf Ersatz des vollen Schadens zu, den sie durch den Unfall erlitten haben, das heißt also: Ersatz der Differenz zwischen dem wirklichen Schaden und dem, was die Unfallversicherung zahlt. Wie oft solche Ansprüche an Unternehmer und Angestellte von Berufsgenossenschaften geltend gemacht werden, darüber hat man jetzt Untersuchungen angestellt, die sich auf dreißig Berufsgenossenschaften und 10 000 Unternehmer erstrecken. Elf von den dreißig Berufsgenossenschaften haben in den 6 Jahren von 1889 bis 1894 Regreßansprüche erhoben und zwar in 83 Fällen gegen Unternehmer und in 62 Fällen gegen Angestellte. Es sind also immerhin eine ganz erhebliche Zahl von Unternehmern und Angestellten, die gewissenlos genug sind, ihre Pflicht gegen Leben und Gesundheit der Arbeiter gänzlich außer acht zu lassen, gefaßt und nach jeder Richtung für ihre Gewissenlosigkeit haftbar gemacht worden. Vollständige Erhebungen würden wohl noch eine größere Zahl ergeben. Bemerkenswerth ist die besondere Feststellung, daß der größte Theil der Fälle, in denen solche Ersatzansprüche erhoben wurden, das Baugewerbe im weiteren Sinne betraf, es sind 105 Fälle. Das weist ohne Zweifel auf die dringliche Nothwendigkeit einer der Fabrikinspektion entsprechenden Aufsicht über das Baugewerbe hin, die zur Zeit noch mangelt, aber eine der vornehmsten Forderungen der organisirten Bauarbeiter ist. Bei dieser Gelegenheit macht die „Sächs. Arb.-Ztg.“ auf den großen Mangel des Gesetzes aufmerksam, den der § 95 aufweist. Zum Ersatz der durch das Unfallversicherungs-gesetz vorgeschriebenen Aufwendungen ist der bestrafte Unternehmer auch im Falle der Fahrlässigkeit durch Außerachtlassung einer Berufspflicht verpflichtet; das ist der Anspruch, den die Berufsgenossenschaft an den Unternehmer hat. Dagegen ist der Anspruch des Verletzten oder seiner Angehörigen auf Ersatz des vollen Schadens nur im Falle der Vorsätzlichkeit geltend zu machen. Weshalb diese ganz unbegründete Härte gegen die Arbeiter? Wie kommt der Arbeiter dazu, einen Theil der Folgen der Nachlässigkeit, meist „Spartheit“ des Unternehmers zu tragen, da ihm doch immer noch der unerlebbare Verlust seiner gefunden Glieder bleibt? Bei der Berathung der Novelle zum Unfallversicherungs-gesetz muß auf Abstellung dieses Mangels gedrängt werden. Ebenso ungerechtfertigt erscheint es, daß die erforderliche Feststellung nur im strafgerichtlichen Verfahren möglich ist, so daß es eigentlich in den Händen der Staatsanwaltschaft liegt, ob diese Feststellungen gemacht werden können oder nicht. Es muß auch im Civilwege möglich sein, das Verschulden des Unternehmers festzustellen, das dürfte sehr wohlthätig auf die Ausführung der Unfallverhütungsvorschriften wirken.

Schweiz.

Der Bundesrath hat dem Parlament eine Novelle zum Arbeiterschutz-Gesetz vorgelegt. Der Entwurf bestimmt, daß die Inhaber der dem Haftpflicht-Gesetz unterworfenen Unternehmungen verpflichtet sind, ihren Arbeitern spätestens alle zwei Wochen oder bei besonderer gegenseitiger Verständigung auch monatlich den Lohn in Baar und in der gesetzlichen Münzsorte auszuzahlen. Bei Stückarbeit werden die Bedingungen der Zahlung gegenseitiger Vereinbarung überlassen. Die Bußen dürfen die Hälfte des Tagelohnes nicht übersteigen und sind im Interesse der Arbeiter, namentlich für Unterstützungskassen, zu verwenden. Lohnabzüge für mangelhafte Arbeit oder verdorbene Stoffe fallen nicht unter den Begriff der Bußen. Bei Streitigkeiten über die Art der Lohnzahlung, die Lohnabzüge und die Erhebung und Verwendung der Bußen entscheidet der zuständige Richter. Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz sind mit Strafen von 5—500 Franken zu belegen. — In seinem Bericht an die Bundesversammlung kommt der Bundesrath zu dem Schlusse, daß hinsichtlich der Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen an den Sonntagen zur Zeit besondere gesetzliche Vorschriften nicht erlassen werden können. Ebenso könne der Bundesrath Angesichts der eingegangenen Antworten verschiedener Industrie treibender Staaten den Wünschen nach einer internationalen Regelung der Arbeiterschutzfragen sowie nach Errichtung eines internationalen Bureaus für Arbeiterfragen zur Zeit keine Folge geben.

Belgien.

Welche Barbaren! Der Gemeinderath von Gent nahm einen Antrag an, der Arbeiterbibliothek, gestiftet vom „Boornit“, eine finanzielle Unterstützung von 1000 Franken zu gewähren. Es wurde anerkannt, daß diese Bibliothek fast alle bedeutenden Werke besitzt, die in

dem letzten Vierteljahrhundert über die soziale Frage geschrieben worden sind, gleichviel welcher Richtung. Uebrigens selbst außer diesem Gebiete ist die Bibliothek eine schönsten und vollständigsten in Belgien. Doch ist wahrscheinlich, daß die katholische Provinzial-Deputation den Beitrag vom Budget streicht.

Was die Verschundungskampagne gegen den „Boornit“ in Gent, die von den Anarchisten und den Klerikalen einer wahren Höllewuth geführt worden ist, die n. h. d. Seelen genügt und den „Boornit“ geschadet hat, zeigt die folgenden Zahlen: Der Bund Noyson, eine von „Boornit“ gestiftete Krankenkasse und Lebensversicherung schloß am 1. Januar 1896: 5261 Mitglieder in der Krankenkasse und am 1. Januar 1897: 6243 Mitglieder. Die Lebensversicherung, die erst am 1. Januar 1896 gestiftet wurde, zählt jetzt 6921 Mitglieder. Die 6243 Mitglieder der Krankenkasse versicherten außerdem noch 8166 Familienmitglieder. Man sieht daraus, welches großes Vertrauen die arbeitende Klasse in die so viel geschmähten Sozialdemokraten setzt. Die Bourgeoispremiß überhaupt zugeben, daß der Sturm gegen den „Boornit“ keine Spur hinterlassen hat!

Rußland.

Zu den großen Petersburger Fabriken stehen, wie man dem „B. T.“ meldet, neue ausgedehnte Streiks bevor; auf einigen Fabriken sind dieselben bereits eingetreten. Die Arbeiter erklären, sich in einer unmöglichen Lage zu befinden; die Löhne seien in dem letzten Jahr in allen Industriezweigen tief heruntergegangen. So erhalte ein guter Schlosser, der früher durchschnittlich auf der Fabrik pro Tag 1 Rubel 25 Kopeken bis 1 Rubel 50 Kopeken verdient, nur noch 60 bis 70 Kopeken. Im Gegenjatz dazu seien die Preise für Wohnung, Kleidung und Nahrung stark in die Höhe gegangen, so daß ein auch nur halbwegs menschenwürdiges Dasein für den Arbeiter überhaupt ausgeschlossen sei. Man spricht davon, daß die Arbeiter großartige Demonstrationen in der Stadt unternehmen wollen, doch wird es in Petersburg zu dergleichen Dingen nicht kommen. Einmal würden Polizei und Militär bei jedem Versuch zu Zusammenrottungen rücksichtslos vorgehen, und zweitens genirt sich die Polizei durchaus nicht, die Arbeiter, welche nicht arbeiten wollen, als gefährliches Element einfach aus Petersburg abzuschieben, wie es auch schon bei dem letzten Streik stattfand. Das Finanzministerium hat bereits verschiedene Industrielle zu Berathungen in das Ministerium berufen. Sehr viel Schuld an den jetzigen Missethänden trägt das System der Arbeitsvergebung. Der Industrielle überträgt gewöhnlich die einzelnen größeren Arbeiten den „Meistern“ für einen bestimmten Preis, welche ihrerseits die Gehilfen und Arbeiter annehmen und denselben Hungerlöhne zahlen, während sie selbst einen reichen Gewinn in die Tasche stecken. Nach dieser Meldung zu schließen, muß die Arbeiterbewegung in Rußland tiefenfortschritte machen.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

Berlin, 19. Januar.

156. Sitzung.

Präsident v. Bülow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung des Etats des Reichschatzamts.

Hierzu liegt eine Resolution Hammacher vor, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken:

- 1) daß für jeden nach Artikel 36 der Reichsverfassung der Erhebung und Verwaltung der Zölle berechtigten Bundesstaat eine Behörde eingerichtet oder bestimmt wird, welche über die Höhe und Berechnung des Eingangszolles für ausländische Waaren den Interessenten mit der Wirkung Auskunft erteilt, daß die auf Grund eingeführten und verzollten Waaren keiner Nachverzollung wegen Irrthums der Auskunftsstelle unterliegen;
- 2) daß unter Abänderung des § 12 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 die Entscheidung über Beschwerden wegen unrichtiger Anwendung des Zolltarifes im einzelnen Falle durch verwaltungsgerichtliche Behörden, bei deren Zusammensetzung waarenkundige Sachverständige zu berücksichtigen sind, oder durch Schiedsgerichte zu erfolgen hat.

Lenzmann (Frp.) bespricht die Resolution Hammacher. Er verbreitet sich über die Widersprüche in den Entscheidungen über Zollfreiheitigkeiten. Es herrsche auf diesem Gebiete eine heillose Konfusion und ein furchtbarer Wirrwarr. Der frühere Schatzsekretär v. Malzahn habe schon 1893 eine Regelung der Sache von Reichswegen für erthebenswerth erklärt. Nach Artikel 36 der Verfassung haben die Einzelstaaten das Recht der Entscheidung in Zolltarif-freiigkeiten. Dieser Bestimmung trage die Resolution Hammacher auch Rechnung, indem sie eine Auskunftsbehörde für die Einzelstaaten verlange. Am rigorosesten gehe man übrigens in Preußen vor, während man in Bayern auf die Interessenten mehr Rücksicht nehme. Er meine aber, die Sache sei wichtig genug, um sie reichsgesetzlich zu regeln und er halte es für besser, in der Resolution das Verlangen nach einer Reichsbehörde zu stellen.

Dr. Hammacher (M.): Ich wäre bereit, dem Antrag des Kollegen Lenzmann vor dem meinigen den Vorzug zu geben, wenn ich nicht die Beforgnis hätte, daß dieser Antrag der Regierung unannehmbar ist. Uns Gründen der Zweckmäßigkeit habe ich meinen Antrag gestellt, von dem ich hoffe, daß ihn die Regierung erfüllen wird. Die Bundesstaaten würden gegen den Antrag Lenzmann Einspruch erheben, meine Resolution räumt die verfassungsgemäßen Schwierigkeiten aus dem Wege.

Führ. von Stumm (Frp.): Der erste und der zweite Theil des Antrages Hammacher stehen in einem gewissen Widerspruch. Ich werde nur für den ersten Theil des Antrages Hammacher stimmen, den zweiten Theil aber ablehnen.

Fehl von Herrscheim (M.) spricht sich für den Antrag Lenzmann aus. Erhebe der Bundesrath Widerspruch, so sei immer noch Zeit für den Reichstag, auf den Antrag Hammacher zurückzugreifen.

Schatzsekretär Graf Posadowsky: Auf Grund einer Resolution, die der Reichstag früher in dieser Frage gefaßt hat, haben eingehende Erwägungen im Reichschatzamt stattgefunden. Der Bundesrath ist jedoch zur einstimmigen Ablehnung eines Reichszollamtes gekommen. Es handelt sich nicht nur um eine staatsrechtliche, sondern auch um eine schwierige zootechnische Frage. Gewiß sind die verschiedenartigen Entscheidungen in Zollsachen ein

Rebestand, aber er lässt sich nicht vermeiden, denn die Zollbehörden sind Landesbehörden. Die Nummer 2 des Antrages Hammacher wird der Bundesrath schwerlich annehmen, denn sie enthält eine Aufzählung des Bundesraths bei der Entscheidung. Der Antrag Lenzmann aber schädigt die Rechte der Einzelstaaten. Der Bundesrath wird sich aber trotzdem nochmals mit dem Gegenstand befassen und ernstlich prüfen, inwieweit er die Mängel beseitigen und den Wünschen des Reichstages nachkommen kann.

Beck (Zp.) beklagt sich über entgegengelegte Entscheidungen bayerischer Zollbehörden über die Verzollung von Stahlwaaren. Im Zollwesen herrsche im höchsten Maße der Fiscalismus. Redner empfiehlt den Antrag Lenzmann.

Zwischen ihm von dem Abg. Lenzmann und Genossen folgende Resolution eingegangen: Der Reichstanzler wird ersucht, baldigst einen Gesetzentwurf einzubringen, wodurch eine Reichsanstaltsstelle für Zollfachen und ein Reichszollgericht eingeführt wird.

Ulrich (SD.): Die bisherigen Redner haben nur die Zollschwierigkeiten bei der Einfuhr zur Sprache gebracht; ich will auf die der Ausfuhr hinweisen. Die Resolution Hammacher werde ich unterstützen, doch beantrage ich, sie durch zwei Zusätze zu ergänzen. Erstens soll der Reichstanzler aufgefordert werden, auf die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts für Zollfachen hinzuwirken. Die Schwierigkeiten sind zu überwinden, wenn der Wille nur da ist. Und zweitens soll in alle Zollverträge ein Satz aufgenommen werden, wonach es unmöglich gemacht wird, dass eine der kontrahirenden Regierungen willkürlich eine Waare anders rubrizirt, als bei Abschluss des Zollvertrages. Ich habe dabei das merkwürdige Verhalten der russischen Regierung im Auge. Die Regierung hat seiner Zeit auf unsere Anfrage betrefss der russischen Zollbehandlung seiner Leberwaaren die Ausfuhr verweigert, weil die Verhandlungen noch schwebten; ich bin der Meinung, die Verhandlungen wären nicht geschädigt worden, wenn die Regierung Ausfuhr erteilt hätte, im Gegentheil, unsere Unterhändler hätten dadurch, was sehr wünschenswert war, etwas mehr Rückgrat bekommen. Ich habe immer das eigenthümliche Gefühl gehabt — das ist freilich schlecht zu beweisen, weil die Regierungen ein anderes eigenthümliches Gefühl haben —, dass eigentlich unsere Unterhändler über's Ohr gehauen worden sind, wenn das auch etwas grob klingen mag. Die Zollbehandlung der feinen Leberwaaren an der russischen Grenze ist geradezu unerträglich. Durch eine Verordnung ist der Zoll für alle Leberwaaren auf das 3- bis 4fache des bisherigen Satzes erhöht worden einfach durch eine andere Rubrizirung der Waaren, ohne dass die diesseitigen Kontrahenten davon wussten, sodass für 4000000 M. Waare, die verkauft und unterwegs war, an der Grenze liegen bleiben musste, weil die betreffenden Industriellen diese ungeheure Mehrbelastung nicht zu tragen vermochten. Wo aber der Vertrag so lautet, dass die Lieferung unter allen Umständen stattzufinden hatte, da waren die diesseitigen Industriellen in der unangenehmen Lage, liefern zu müssen, zum Theil mit außerordentlichen Verlusten, an die sie noch lange zu denken haben werden. Diejenigen aber, denen es bei solchen Willkürmaßnahmen in letzter Instanz am schlimmsten geht, sind die Arbeiter: in Folge der Preisverhöhung liegt die Waare auf dem Markte, drückt die Preise, und das wirkt nach unten hin sofort weiter auf die Höhe des Lohnes. Darum bekämpfen wir diese bedenklichen Zustände auf dem sozialpolitischen Gebiete von unserem Gesichtspunkte aus doppelt und wollen sie beseitigen. Bei anderen Beschäftigten dreht es sich allerdings wesentlich darum, nicht nur, dass wir sie fassen, sondern auch, dass die Herren oben danach handeln. Man muss sich darüber klar werden, welche merkwürdigen Dinge an der russischen Grenze fortwährend vorkommen; wie sehr die verschiedenen Rubriken fortwährend geändert werden, so dass z. B. Kessel pflichtig, weil sie sehr gefährlich sind, als brennende Eisenbeschwaare verzollt werden müssen. Durch eine richtige Vertheilung der Eisenbahntarife kann unserserseits viel für den Export geschehen; der Chef des Reichseisenbahnamtes hat auch Kenntniss von diesen Verhältnissen; leider scheint aber dem preussischen Eisenbahnministerium die rechte Fühlung mit dem Reichseisenbahnamt zu fehlen, und die preussische Regierung ist für Neuerungen nicht zu haben; sie hat durch ihre berühmten Abwehrmaßnahmen gegenüber der Schweine- und Gänseinfuhr ihre Position zu Rußland so erschwert, daß sie ungeleitet keine Forderungen an die russische Regierung zu Gunsten dieser Ansuhr zu stellen wagt. Die Russen verstehen sich besser auf die Affäre zu ziehen und wir bleiben immer die Lakhten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Frese (Zp.): Es ist mit nichts bewiesen, daß unsere deutschen Beamten minderwerthig sind im Vergleich zu den russischen. Herr Ulrich hat sich mit dieser Behauptung in die Heerfolge der Konservativen begeben. In der Sache selber ist für Hamburg und Bremen der Antrag Hammacher vorzuziehen, da er eine rasche Erleichterung der Streitfragen verbürgt, aber da ich nicht weiß, ob es in anderen Staaten ebenso ist, werde ich für den Antrag Lenzmann stimmen.

Dr. Pannacher (M) stellt seine Befürchtung, daß der Bundesrath gegen den Antrag Lenzmann staatsrechtliche Bedenken haben würde, durch die Ausführungen des Schatzsekretärs bestätigt. Redner empfiehlt seinen Antrag, der über rein akademische Erörterungen allein hinausführt. Daß sein zweiter Theil die Rechte des Bundesrathes beeinträchtigt, sei unzutreffend, denn der Bundesrath bleibe darin die oberste Zollbehörde.

Schatzsekretär v. Posadowsky: Das verfassungsmäßige Recht des Bundesrathes würde bei Annahme des Antrages Hammacher doch nicht genügend gewahrt bleiben. Nach der Verfassung steht dem Bundesrath das Recht der Entscheidung in Zollbeschwerdsachen zu; die Nummer 2 des Antrages Hammacher nimmt ihm diese Entscheidung und überweist sie einem Gerichtshof.

Dr. Fischer (Zp.): Es ist von Werth, wenn wenigstens in einem Punkte Besserung eintritt. Gegen Nr. 1 des Hammacher'schen Antrages sind prinzipielle Einwände nicht erhoben worden und ich werde dafür stimmen, damit die Zollankunftsstelle möglichst bald in's Leben treten kann.

Lenzmann (Zp.) stellt nunmehr den formellen Antrag: a. eine Reichsbehörde einzurichten, welche über die Höhe und Verrechnung des Eingangszolls für ausländische Waaren den Interessenten Auskunft mit der Wirkung erteilt, daß die auf Grund dieser Auskunft eingeführten und verzollten Waaren keiner Nachverzollung wegen Fehlbegriffs der Ankunftsbehörde unterliegen; b. einen Reichszollgerichtshof zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Interessenten und den Zollbehörden einzurichten.

Vom Abg. **Ulrich (SD)** ist inzwischen der formelle Antrag eingegangen, dem Antrag Lenzmann hinzuzufügen: c. ein internationales Schiedsgericht in Zollfachen einzuführen und d. in alle Handelsverträge eine Bestimmung aufzunehmen, wonach während der Dauer des Vertrages Änderungen in der Rubrizirung der Waaren nicht vorgenommen werden dürfen.

v. Standly (M) erklärt sich gegen den Antrag Lenzmann und für den ersten Theil des Antrages Hammacher.

Ulrich (SD) vermahnt sich gegen den Abgeordneten Frese gegenüber, als ob er gleich den Konservativen die Handelsvertragspolitik bekämpft habe. Er habe nur gesagt, daß Deutschland bei den nachträglichen Verhandlungen über die Rubrizirung zu kurz gekommen sei.

Lieber (Z) will mit seinen politischen Freunden für den Antrag Hammacher stimmen, dessen zweiter Theil keine wesentlichen Bedenken erzeuge. Redner geht sodann auf die Angriffe ein, die im Abgeordnetenhaus gegen die Reichsfinanzpolitik und besonders gegen die Politik des Centrums gerichtet wurden. Er erkennt den einzelstaatlichen Vertretern nicht das Recht zu, über die Politik des Reichstages oder einzelner Parteien im Reichstage zu Gericht sitzen.

Staatssekretär v. Posadowsky: Daß der preussische Finanzminister dem Centrum bezüglich der Fortbildung der Klausula

Frankenstein einen Vorwurf gemacht haben soll, beruht meiner Ansicht nach auf ein Mißverständnis. Ebenso glaube ich verstanden zu können, daß der preussische Finanzminister auf dem Standpunkt steht, daß in der Schuldenentlastung fortgeschritten werden muß. Wenn die Regierungen auch nicht mehr an Ueberweisungen erhalten sollen, so müssen sie doch andererseits dagegen geistlich werden, daß sie nicht etwa in Zukunft mehr an Matrimonial-Verträgen zahlen müssen, als ihnen an Ueberweisungen zugehen. Dem Bundesrath liegt ein Gesetzentwurf vor, welcher ungefähr von diesem Standpunkt ausgeht. Ich hoffe, daß sich der Bundesrath über diesen Gesetzentwurf einigen wird, der dem Hause in allernächster Zeit zugehen wird.

v. Bennigsen hofft auf eine Verständigung über die Finanzpolitik und unter formeller Beibehaltung der Klausula Frankenstein.

Limburg-Stirum hofft ebenfalls, daß sich mit der Zeit zwischen den Parteien eine Einigung über die Regelung der Finanzverhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten erzielen lassen werde. Unrichtig sei, daß immer Preußen hierbei vorgezogen werde. Dies könne sich in schlechten Jahren am ehesten helfen. Gerade kleine Staaten müßten gegen Zufälle sichergestellt werden. Es müsse eine feste Norm hergestellt werden zur Regelung der Ueberweisungen und Beiträge im Interesse der Sparbarkeit und im Interesse des föderativen Charakters des Reiches.

Enneccerus (M.) meint, die Anhäufung der Schuld sei gerade eine Folge der Klausula Frankenstein.

An der weiteren Diskussion betheiligten sich noch die Abgg. **Pichler (Centr.)** und **Lieber (Centr.)**. Eingegangen ist die Interpellation Hahn wegen der Fischereidampfer. Weiterberatung morgen 1 Uhr. Interpellation Hahn. Rest der heutigen Tagesordnung.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Lübeck und Hamburggebiete.

20. Januar.
Achtung! Metallarbeiter! Der Zuzug von Schlossern, Schmiedern, Drehern, Klempnern, Verzinnern, Brechern und sonstigen Hülfsarbeitern nach dem Emailirwerk von Carl Thiel u. Söhne ist streng fernzuhalten. — Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Das Streikomitee ersucht, bei Zeichnung von Geldern für die streikenden Arbeiter von Thiel u. Söhne nur auf solche Sammellisten zu zeichnen, welche vom Lübecker Gewerkschaftskartell herausgegeben und mit dem Kartellstempel versehen sind.

Eintragung in das Handelsregister. Am 18. Jan. 1897 ist eingetragen: auf Blatt 1603 bei der Firma „Robert Wendfeldt“: Die Firma ist erloschen.

Verlesene Testamente. In der Sitzung des Amtsgerichts am Montag sind verlesen worden: 1. das Testament des hier selbst verstorbenen Oberlehrers a. D. **Gewert Brüning** vom 28. November 1896; 2. das Testament der hier selbst verstorbenen Witwe des **Conditors H. H. Neumann, C. M. D. geb. Weber**, vom 9. Dezember 1896.

Ein **homöopathischer Arzt** forderte von einem Annoncenbureau für Reklamen gezahlte Beträge in Höhe von 4966 Mfr. zurück, weil diese Beträge über die zwischen den Parteien verabredeten Satz hinaus berechnet seien. Die Klage ist vom Reichsgericht endgültig abgewiesen worden, weil, wie aus der „D. Jur. Ztg.“ erhellt, die Zahlung zu unbilligem Zweck geleistet sei. Das Rückforderungsrecht steht daher nur dem Fiskus zu.

Das **Petroleumweltmonopol.** Im abgelaufenen Jahre hatten die Petroleumpreise eine fortgesetzte sinkende Richtung. Anfangs des Jahres 1896 war der Preis 7 Mark; er fiel nach und nach auf 5 Mark 60 Pfg. Die Hälfte des Jahres 1895 war vergessen und man hörte vielfach die Ansicht, daß ein Preisstand von 4 Mark 50 Pfg., wie wir ihn im Jahre 1894 vorübergehend hatten, erreicht werden würde. Der Preisrückgang fiel auf, um so mehr, weil er in einer Veränderung der Produktions- und Transport-Verhältnisse nicht seine Ursache haben konnte. Man hätte eher bessere Preise erwarten können, denn die Produktion in Amerika hatte seit einem halben Jahre langsam abgenommen und auch die Bohrthätigkeit hatte daselbst nachgelassen. Von Rußland war infolge von Transportchwierigkeiten, die durch Ueberfluthungen und Vermischungen der in Frage kommenden Eisenbahnen entstanden waren, verhältnismäßig wenig Del zu bekommen. Man hätte danach eher eine Steigerung der Petroleumpreise und nicht ein fortdauerndes Sinken erwarten sollen. Ein amerikanisches Fachblatt erklärt nun, daß die Petroleumpreise wieder einmal nichts anderes sei als ein Manöver der Standard Oil Company. Es schreibt: Es kann für den Rückgang des Preises kein Grund angegeben werden, es sei denn der, daß die Standard Oil Company es ermöglichte, die Notierung für das Barrel Del bedeutend herabzusetzen. Sie hat es gethan und wird immer so (?) handeln. Die anderen Produzenten sehen es mit an und verhalten dann zu lächeln. Und warum wird die Standard Oil Company immer so handeln? Weil sie auf dem Gebiete der Delproduktion noch nicht Alleinherrscherin ist. Die Rasse hat ihre Ursache in dem Kampfe, den der Standard mit der unabhängigen Pipe Line Company noch auszufechten hat. Außer den Direktoren der Standard weiß niemand, weshalb die Preise heruntergehen. Wege aber dem Publikum, wenn die Standard-Compagnie ihrer Gegner Herr geworden ist. Es muß dann ohne Gnade und Pardon die Kampflosen in den Petroleumpreisen bezahlen.

Das **Berliner Gewerbegericht** hat in einem Streitfalle entschieden, daß die Gültigkeit der Arbeitsordnung einer Fabrik von der Anshändigung derselben an die Arbeiter nicht abhängig ist. Auf eingelegte Berufung ist die achte Civilkammer des Landgerichts I in Berlin dieser Auffassung des Gewerbegerichts beigetreten. Die Arbeitsordnung sei rechtsverbindlich in dem Augenblicke, wo sie gemäß § 134 a der Gewerbeordnung ausgehängt werde. Die Gewerbeordnung jagte: „Der Erlaß erfolgt durch Anshang“, und der Anshang sei deshalb hinreichend, um der Arbeitsordnung rechtsverbindliche Kraft für den Arbeitgeber und die Arbeiter beizulegen. Die Thatfache des Eintritts eines Arbeiters in die Beschäftigung beim Arbeitgeber genüge, um eine „bestehende“ Arbeitsordnung für beide Theile verbindlich zu machen und die Rechtsverbindlichkeit ihres Inhalts sei davon, daß der Arbeiter von dem Inhalte thatsächlich Kenntniz genommen hat, oder von einer vorausgegangenen Einshändigung der Arbeitsordnung an ihn nicht abhängig. Die Bestimmung des § 134 a Abs. 2 der Gewerbeordnung: „Die Arbeitsordnung ist jedem Arbeiter bei seinem Eintritt in die Beschäftigung zu bekshändigen“, sei nur als eine Ordnungsvorschrift aufzufassen, deren Nichtbeachtung Bestrafung nach sich ziehen könne, die Gültigkeit der Arbeitsordnung aber nicht beeinträchtigt.

General-Verammlung des Arbeiter-Turnvereins Mittwoch den 13. d. M. Der erste Kassirer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal. Danach wurde eine Einnahme von 155,84 Mfr. erzielt, der eine Ausgabe von 93,86 Mfr. gegenübersteht, mithin

verblieb ein Kassenbestand von 61,98 Mfr. Die Abrechnung von der Schlußfeier ergab eine Einnahme von 91,05 Mfr. und eine Ausgabe von 67,15 Mfr., Ueberschuß von 23,90 Mfr. Sodann erfolgte die Berichterstattung des 1. Turnwarts. Nach diesen Berichten ist in den Monaten Juli bis Dezember an 48 Abenden geturnt worden; anwesend waren im Ganzen 1540 active Turner, im Durchschnitt etwa 33. Vortragsstunden wurden in genannten Monaten an 21 Abenden abgehalten und waren im Ganzen von 164 Vortragsst. im Durchschnitt von etwa 7 Vortragsst. besucht. Abschluß folgte der Bericht des 1. Geschäftwartes. Derselbe verlas das Verzeichniß des Vereinsinventars, dasselbe repräsentirt einen Werth von über 700 Mark. Daraus wurden statutengemäß ein 1. Vorsitzender, 2. Turnwart, 1. Schriftwart, 2. Kassirer, 1. Geschäftwart, 2. Revisoren und außerdem noch 2 Voten gewählt. Ferner wurde noch beschloffen, vom Ueberschuß der Schlußfeier 15 Mark für die streikenden Thiel'schen Arbeiter zu bewilligen und den Rest dem Bibliothekfonds zu überweisen. Außerdem wurde noch dem Antrage zugestimmt: einen Stabebehälter sowie einen Sturmbuch nebst Brett anzuschaffen.

Schiffverkehr im Hafen. Im Laufe der letzten Woche war der Verkehr nur gering. Es kamen im Ganzen 20 Dampfer an, von denen 6 etwa 5300 Kisten schwedischer Heringe und 1 lebendes Schlachtvieh (182 Stück Hornvieh und 16 Schweine) überbrachten. Ein Dampfer kam leer an, um zu laden. Die anderen Dampfer überbrachten meist Stiefgüter. Ausgegangen sind 21 Dampfer, darunter 18 mit Ladung.

Kneisefeld. Eine öffentliche Volkversammlung tagte am 15. d. M. im Lokale des Herrn Sternberg. Als Referent war **G. Hofe Th. Bartels** aus Lübeck erschienen, welcher über den Streik bei **Karl Thiel u. Söhne** unter lebhafter Zustimmung der zahlreich erschienenen berichtete. Als Vertrauensperson wurde **Genosse C. Schreiber** erwählt. Anfragen und Briefe sind an diesen zu richten, während Geldsendungen an **Fr. Niemann** in Kneisefeld zu richten sind.

Oldesloe. Treiberstreik. Auf einer kürzlich auf der Dellingsdorfer Feldmark bei Bargtheide abgehaltenen Treibjagd weigerten sich die Treiber, für den bisher gezahlten Tageslohn von 1,50 Mark Dienste zu thun. Sie verlangten 2 Mark und drohten mit „Arbeitseinstellung.“ Da kein Ersatz zur Stelle war, zahlten die Herren Nimrode den erhöhten Satz, und die Jagd nahm ihren Fortgang.

Hamburg. Zum Streik der Hafenarbeiter und Seelente. Die Reihen der Streikenden stehen nach wie vor festgelegt; Abtrünnige sind gar nicht zu verzeichnen. Die den Streikenden in den Versammlungen erteilten Lehren, sich ruhig zu verhalten, werden strikte innegehalten, so daß die sich zahlreich am Hafen aufhaltenden Polizeibeamten keinen Grund hatten, einzuschreiten. — Im Laufe des gestrigen Tages gelangte die volle Unterstützung zur Auszahlung. In den einzelnen Bureaus der Lohnkommission herrschte ein reges Leben. — Von auswärts trafen gestern im Ganzen 60 Geldsendungen ein, so u. A. von Leipzig 2400 Mfr., Berlin 2800 Mfr., Stuttgart 1600 Mfr., Bremerhaven und Bremen 2000 Mfr. u. s. w. — Die Rheber und Waale haben in den letzten Tagen abermals viele Agenten nach den Elb- und Der- Schiffahrtshäfen entsandt, um Leute für Hamburg anzuwerben. Man macht nach wie vor die größten Anstrengungen, um Leute anzuwerben, die auf dem Wasser Bescheid wissen. Gestern traf ein Trupp von ca. 80 Leuten in Hamburg ein, von denen, da sie offensichtlich der schweren Hafenarbeit nicht gewachsen waren, nur wenige eingestellt wurden. Die Anderen reisten in ihre Heimath zurück. — Ein bekannter Steuer hat in einer Wirthschaft ein Plakat angehängt, in welchem er seine früheren Arbeiter auffordert, bei einem Tageslohn von 5 Mfr. die Arbeit aufzunehmen. Auf dieses Angebot ist selbstverständlich kein Streikender eingegangen. — Als Antichium theilen wir mit, daß auch 10 Fregatten am Hafen als Streikbrecher thätig sind. — Gestern Vormittag waren auf den im Hafen liegenden Schiffen insgesamt 350 Gänge Streikbrecher thätig. Auf 39 Dampfern und auf der größten Anzahl der Segler wurde nicht gearbeitet. Von den Fahrzeugen der Amerika-Linie liegen zur Zeit 19 große Steamer im Hafen und auf der Elbe. — Der in voriger Woche angekommene Schnelldampfer „Normannia“, der am Anstaltshafen liegt, soll als Streikbrecher-Hotel dienen. Die hierzu erforderlichen Arbeiten sind bereits im Gange.

Die verschiedenartigsten Gerüchte kursirten im Laufe des gestrigen Tages über die an Bord des heute Morgen im hiesigen Hafen von Kalfutta eingetroffenen englischen Viermast-Vollschiffes „W. J. Berrie“ ausgebrochene Krankheit, der bereits ein Steuermann erlegen ist. Wir haben hierüber Folgendes in Erfahrung gebracht: An Bord des großen Seglers sind außer dem bereits der Krankheit zum Opfer gefallenen Offizier, die Frau des Kapitäns, beider Söhne, sowie drei Matrosen und zwei Schiffsjungen anscheinend an Scharlach erkrankt. Das Schiff, welches Montag Morgen beim Niederhafen mit anderen Fahrzeugen kollibrierte wurde nach dem Anschafen verhoit und wird dort unter Quarantäne gehalten. Niemand darf an Bord und von Bord. Bemerk sei, daß das Schiff bereits vor vier Monaten den Hafen von Kalfutta verließ. — Im Volke fürchtet man, daß es sich um eine viel gefährlichere Krankheit handle.

Hamburg. Ein schreckliches Familien-drama hat sich in der Nacht zum Dienstag in der Lindenallee 47 in Eimsbüttel abgespielt. Daselbst wohnt der 56jährige Schlachtermeister **Heinrich Wilhelm Alt**, der früher in St. Georg eine große Schlachtereibetrieb betrieb, diese aber arm und bloß verlassen mußte, da er in Folge seines groben Wesens seine ganze Kundschaft nach und nach verlor. Nachdem seine erste Frau gestorben war, heirathete Alt zum zweiten Male. Aus erster Ehe sind zwei Kinder vorhanden, die beide verheirathet sind. In der Ehe mit seiner zweiten Frau, die erheblich jünger war als Alt, wurden diesem vier Kinder geboren, welche sämmtlich am Leben und minderjährig sind. Alt eröffnete während seiner zweiten Ehe die Schlachtereibetrieb in der Lindenallee, die Anfangs sehr gut ging, später aber aus unbekanntem Gründen zurückkam. Frau Alt hat Nachbarn gegenüber häufig über den schlechten Geschäftsgang geklagt. Am Dienstag Morgen wartete die Geschäftskundschaft vergeblich auf die Oeffnung des Ladens, welcher geschlossen blieb. Der Hauswirth, welcher hiervon in Kenntniz gesetzt wurde, erstattete auf dem Polizeibezirksbureau Anzeige, worauf ein Polizeikommissar erschien und die Thür der Alt'schen Wohnung im Parterre öffnen ließ. Im Schlafzimmer bot sich dem Eintretenden ein schauerlicher Anblick dar. Frau Alt lag, durch einen Schuß getödtet, als Leiche in dem blutigen Bette. Vor dem Spiegel im Schlafzimmer am Boden lag Alt, gleichfalls als Leiche, durch einen Schuß in den Kopf getödtet. Alt scheint erst seine Frau im Bette erschossen, sich dann vor den Spiegel gestellt und selbst durch einen Schuß in den Kopf getödtet zu haben. Die schlafenden

Kinder haben von dem ganzen Vorgang nichts bemerkt. Der Distriktsarzt Dr. Kunkel besichtigte die Leichen des Altschen Ehepaars, die alsdann nach der Leichenhalle überführt wurden. Die unglücklichen Kinder sind vorerst bei Verwandten untergebracht worden. Man weiß noch nicht, ob Frau Alt aus Anlaß der mißlichen Erwerbsverhältnisse freiwillig mit ihrem Gatten in den Tod gegangen ist, oder ob ein Mord und Selbstmord Alts vorliegt. Mehrfach wird die Ansicht ausgesprochen, daß Eifersucht gegenüber seiner erst 31 jährigen Frau Alt die Waffe in die Hand gedrückt haben könnte. Festgestellt ist über die Ursachen des erschütternden Dramas noch nicht das Geringste. In dem Revolver, den Alt benutzt hatte, befanden sich noch vier Patronen. Frau Alt ist durch einen Schuß in den Kopf, Alt selbst durch einen Schuß in die Schläfe getödtet worden.

Kiel. Die hiesige Strafkammer verurtheilte den verantwortlichen Redakteur der „Volksztg.“, Gen. Blütgens, wegen Beleidigung des preussischen Offizierkorps in einem Artikel über den Fall Brüsewitz zu einmonatlichem Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte vier Monate beantragt. Der Kriegsminister v. Goltz hatte den Straf Antrag gestellt.

Glensburg. Ein Frauenmord am hellen Tage ist Freitag Vormittag in einem zwischen Halebüll und Hoderup belegenen Hause verübt worden. In dem gedachten Hause wohnt ein Rätcher Callsen. Dieser hatte sich Morgens 6 Uhr auf die Arbeit begeben. Eine Stunde später ging eine in demselben Hause wohnende Brodfräulein ihrem alltäglichen Gewerbe nach. Als dann um 10 Uhr ein Briefträger die Callsensche Wohnung betrat, fand er die Frau Callsen in ihrem Blute liegend entseelt vor. Er vermutete, daß ein Blutsturz

stattgefunden, und rief Nachbarn herbei. Ein Arzt konstatierte sofort, daß ein Mord vorliege. Der Körper der Frau wies nicht weniger als zehn Wunden auf. Staatsanwalt Keller begab sich Nachmittags nach dem Thateorte, um eine Lokalbesichtigung vorzunehmen. — An demselben Vormittag, kurz vor jener Mordthat, wurde die Ehefrau des Gemeindevorstehers Schüt in Halebüll auf der Chaussee zwischen Hoderup und Hönshap von einem Wagabonden überfallen. Der Thäter wurde jedoch durch einen herankommenden Milchwagen verschreckt. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Thäter in beiden Fällen ein und dieselbe Person ist. Es soll der steckbrieflich verfolgte Buchhändler Peter Ludwigen aus Adelsbich bei Glensburg sein.

Harburg. Die Vereinigten Gummifabrikenfabriken, die im letzten Geschäftsjahre 29 pSt. Dividende erzielten, kürzen die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen rücksichtslos immer weiter. Jetzt hat man es wieder auf die Löhne der Arbeiterinnen abgesehen. Bei der Schuhfabrikation gab es für das Beschneiden der Canavasblätter pro 100 Paar 20 Pf., jetzt nur 12 Pf. Eintheilige Canavasblätter ohne Beschlag mit Gummiband belegen, resp. Gummiren wurden bisher pro 100 Paar mit 50 Pf. bezahlt, jetzt nur mit 40 Pf. Für dieselbe Arbeit bei zweitheiligen Canavasblättern, also für doppelt so viel Arbeit, wurden pro 100 Paar 1,50 Mk. gezahlt, jetzt nur noch 1,20 Mk. Das bedeutet eine Lohndebuktion von 20 resp. 40 pSt. So versucht die Gummifabrik aus dem Schweiß und Blut der Arbeiterinnen ihre Dividende zu vermehren. Diese Lohndebuktion wird einfach in der Werkstatt durch Aufschlag bekannt gemacht, ohne daß den Arbeiterinnen vorher auch nur ein Wort gesagt wird. Wenn diese nun noch etwas verdienen wollen, müssen sie um so mehr schaffen. Die Fabrik zahlt weniger Lohn und bekommt obendrein noch mehr Arbeit geliefert. Also steht wieder eine Vermehrung der Dividende in Aussicht. Die Arbeiterinnen verdienen bisher zum Theil 8 Mk. und 10 Mk. die Woche, einige verdienen auch wohl etwas mehr, dafür gab es auch wieder Wochen, wo wenig Arbeit vorhanden war und daher auch ein solcher Verdienst noch nicht erreicht wurde. Das hindert natürlich die Vereinigten Gummifabriken nicht, die

Löhne der Arbeiterinnen abermals zur Ehre des heiligen Kapitalsmas um ein Beträchtliches herabzusetzen.

Odenburg. In dem Konflikte zwischen Regierung und Landtag hat die Regierung nachgegeben. Zum 1. Oktober wird ein außerordentlicher Landtag einberufen, dem die Veränderungen im Ministerium vorgelegt werden sollen, die den Forderungen des Landtags wegen der Eisenbahnverwaltung entsprechen.

Briefkasten.

Mündliche Anfrage G. Wissen wir nicht, doch erscheint es uns nach gewissen Vorkommnissen der letzten Zeit gerathen, das fragliche Lokal zu meiden, um unliebsamen Begegnungen aus dem Wege zu gehen.

F. D. Sie müssen bezahlen; wenn es auch nicht gerade nobil von dem betr. Rentier ist, Sie zur Zahlung anzuhalten.

Steruschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 19. Januar.
Der Schweinehandel verlief mittelmäßig.
Bogehner werden 2340 Stück, davon von Norden 5 Stück, vom Süden — Städ. Preise: Sechsmilchschweine: schwerer 50—52 Pfd., leichte 46—48 Mk., Saues 41—46 Mk., wdh Ferkel 43—46 Pfd., pr. 100 Pfd.
Der Kälberhandel verlief ziemlich gut.
Zugeführt wurden 1090 Stück unverkauft blieben — Städ. Preise: beste 90—100 Mk., geringere 65—80 Mk. per 100 Pfd.

Quittung.

Für die ausländigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Thiel u. Söhne, hier, sind bei der Expedition des Volksboten eingegangen:

Gesammelt von den hiesigen Leuten beim Eisen (auf Liste Nr. 2788) 7,60 Mk.
Von einer amerikanischen Auktion bei einer Geburtstagsfeier bei Jac. Timmermann 2,35 „
Weitere Gelder nimmt gern entgegen

Die Expedition.
Johannisstraße 50.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Eintäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Zu verkaufen eine Hobelbank, verbunden mit Drehbank für Holzarbeit, mit vollständigen Werkzeugen.
Essenstraße 14/12.

Herrn Krellenberg!
Ihre Forderung, die Sie an mich haben, bezahle ich nicht eher, als bis Sie mir den meinen mir vorenthaltenen Brief aushändigen.
Fr. Wente jr., Travemünde.

Molkerei- u. Hofbutter
in ganz vorzüglicher Qualität
empfehlen
Th. Storm, Königstr. 98.

NB. Wiederverkäufeln wird billiger berechnet.
Bürgerlicher Mittagstisch
pro Woche 3 Mk.
Frau C. Krüger, Mengstraße 42.

Sammlung
gemeinverständlicher Abhandlungen.

Wovon lebst Du?
Eine der besten Agitationsbroschüren.
Aus dem Russischen übersezt von
Simon Dykstein.
Zu beziehen durch die
Expedition des Lübecker Volksboten.

Da es für Jedermann nothwendig ist, mit dem Inhalt der

Reichsgesetze
bekannt zu sein, empfehlen wir:

- Verfassung d. Deutschen Reiches 0,30 Mk.
- Strafprozessordnung nebst Gerichtsverfassungsgesetz. 1,60 „
- Civilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz, Einführungsgesetzen, Nebengesetzen und Ergänzungen. 2,50 „
- Gesetz betr. die Gewerbegerichte 0,50 „
- Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst d. gebräuchlichsten Reichs-Strafgesetzen 1, — „
- Unfallversicherungsgesetz 2, — „
- Krankenkassengesetz 1,20 „
- Gewerbeordnung 1,20 „
- Reichsgesetz betr. Abzahlungs-Geschäfte 1, — „
- Invalidentät- und Altersversicherung der Arbeiter zum Handgebrauch für alle bei Ausführung des Gesetzes Theilhabenden 0,25 „
- Dasselbe mit Erläuterungen von A. Bebel und P. Singer 0,50 „

Zu beziehen durch die Expedition des „Lübecker Volksbote“.

„Club Fidelitas“.
Am Sonntag den 31. Januar:
Masken-Ball
in sämtlichen Räumen des „Livoli“.
Der Vorstand.

Die Buchdruckerei
von
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50.
empfiehlt sich zur
Anfertigung von Drucksachen
aller Art
in sauberster Ausführung.

Der
Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1897
ist noch in einer kleinen Anzahl vorräthig und ersuchen wir unsere geehrten Kunden, die noch keinen Kalender haben, sich baldigst einen solchen zu besorgen, da dieselben leicht vergriffen sind.
Friedr. Meyer & Co.
Buchdruckerei und Buchhandlung,
Johannisstraße 50.

Sobald wieder eingetroffen!
Fritz Reuter's Werke
sind, um es Jedem möglich zu machen, dieselben sich anzuschaffen, in Heften à 40 Pfg. erschienen und zu beziehen durch die
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**
Verlag des Lübecker Volksbote.
Johannisstraße 50.

Sehr gute Speisebutter
(Naturbutter), Pfd. 90 Pfg., hält empfohlen
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.
Gute Magnum bonum-Kartoffeln
10 Liter 40, 45 und 50 Pfg.,
auch gute **Kochäpfel**, Pfd. 10 u. 15 Pfg.
empfehlen
W. Meyer, Ludwigstr. 45.

Grosse Auction!
am Donnerstag den 21. Januar,
Morgens 9 1/2 Uhr und Nachm. 2 1/2 Uhr
aufgehend, in der Hundestraße 41 über:
2 hochfeine Blüthgarnituren mit Herren-Sessel und 4 Rückenpolsterstühlen (Doggengestelle),
2 Pfeilerpiegel mit Conjolen und Marmorplatte,
1 schwarzer Schrank mit Aufsatz, eine complete Badeinrichtung, Tische, Stühle, ferner ein großer Posten Marzipan in Schachteln, wollene Tücher, Strümpfe, Herren- und Damenstiefeln, Kinderfußzeug, leinene Herren- und Damenwäsche, ca. 200 Mille ff. Cigarren, 3 hochfeine Regulaturre, mehrere Stand Betten, darunter ein Daunenbett, getragene Kleidungsstücke und vieles andere mehr.
Weitere Zusendungen werden Hundestraße 8 erbeten.
J. C. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

Kranken- u. Sterbe-Kasse
„Amicitia“.
(G. H. Nr. 18.)
Am Sonnabend den 23. Januar
Abends 8 1/2 Uhr

General-Versammlung
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom verfloßnen Halbjahr.
2. Wahl.
3. Statutenänderung.
4. Besprechung betr. Frauen-Sterbekasse.
5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Circus Variété
Heute u. folgende Tage:
Das moderne x
x Artistenthum.
Nur erstklassige Künstler.
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

Stadttheater in Lübeck.
Donnerstag den 21. Januar.
67. Abonnem.-Vorst. 1. Abthlg.: Wan.
Zum 8. Male.
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
Seine officielle Frau.
Helene — Frä. Ferida.
Freitag den 22. Januar:
69. Abonn.-Vorst. 3. Abthlg.: Lita.
Die 68. findet Sonnabend statt.
Freitag - Abonnement Nr. 12.
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
Der Evangelimann.

Geistesverwandtschaft.

Die Bundesratsverordnung, die den zwölfstündigen Normalarbeitstag für Bäckereien und Konditoreien eingeführt hat, ist ganz gewiß ein recht künftiges Stück „Sozialreform“, wenn man die hygienischen Ansprüche unserer Zeit ins Auge faßt. Körperlich höchst anstrengende Nacharbeit in heißen, dämpften Räumen kann den stärksten Körper zu Grunde richten, namentlich wenn die Lohnverhältnisse keine genügende Ernährung gestatten. Auf dem hygienischen Kongress in London 1892 wurde festgestellt, daß die Bäckergehilfen kein hohes Durchschnittsalter erreichen. Wenn man zur Grundlage nimmt, daß die Geistlichen vermöge ihrer angenehmen Stellung die niedrigste Sterblichkeitsziffer haben, so verhält sich die Sterblichkeit der Geistlichen zu den Bäckern und Müllern wie 100 zu 172. Die Bundesratsverordnung kann an diesem Verhältnis nur wenig ändern, denn zwölf Stunden schwerer Nacharbeit sind immer noch eine Zumuthung, die im Interesse der Volksgesundheit entschieden bekämpft werden muß. Die Bedeutung der Bundesratsverordnung besteht wesentlich darin, daß sie der schrankenlosen Ausbeutung ein Ziel gesetzt hat. Die Bäckermeister hatten die Arbeitszeit in vielen Fällen auf 14, 16 und 17 Stunden ausgedehnt.

Diese Bäckerverordnung ist das einzige Stück „Sozialreform“, das in den letzten Jahren von oben herab gekommen ist. Es mußte von oben kommen, denn die Mehrheit des Reichstages hätte sich zu einer solchen Maßregel nie entschlossen. Für dieselbe sind nur die Sozialdemokratie und das Centrum eingetreten.

Wie mag es aber kommen, daß gerade die Junker mit einer so großen Hartnäckigkeit gegen die Bäckerverordnung Sturm laufen? Wenn sie sonst von den Bäckern sprachen, hatten sie keine Schmeicheleien für dieselben übrig. Man erinnere sich nur an die Zeiten von 1879 bis 80, als die neuen Zollgesetze gemacht wurden. Damals und noch bis in die jüngste Zeit hinein war es eine stehende Redensart in den agrarischen Organen, daß die Bäcker ganz allein daran schuld seien, wenn das Brod theuer werde, und es machte damals ein — wirkliches oder angelegtes — „geflügeltes Wort“ des Fürsten Bismarck die Kunde, daß dahin lautete: „Wenn man dem Bäcker seinen Rock ausschüttelt, so fallen die harten Thaler heraus!“

Wie kommt es nun, daß die Junker, die doch solche „geflügelten Worte“ ihres Heros immer als einen Ausfluß übermenschlicher Weisheit aufgenommen haben, mit einemmale sich auf die Seite der von ihnen sonst so angefeindeten Bäckermeister schlagen? Gewiß nicht darum, weil ihnen die Bäckermeister als solche sympathisch geworden sind. Auch sind die Bäckermeister an sich den Leuten, deren wirtschaftliches A und O die Hinaufreibung der Getreidepreise ist, durchaus nicht gewogen. Aber ein innerer Zusammenhang mußte, dachten wir, doch bestehen und er besteht auch.

Das Bäckerergewerbe stellt einen zünftigen resp. patriarchalischen Betrieb dar, soweit es noch nicht in die

Fabrik übergegangen ist. Alle die schönen Gebräuche der „guten alten Zeit“, die grobe Behandlung der Lehrlinge, die schlechte Behandlung und unbegrenzte Ausbeutung der Gesellen, ungesunde Arbeits- und Schlafräume und was damit zusammenhängt, haben sich in diesem Gewerbe bis in die moderne Zeit herein erhalten. Da kommt endlich nun der Bundesrath und entschließt sich nach langem Bedenken, den die Gesundheit der Arbeiter schwer gefährdenden Unfug einzuschränken, ein Entschluß, bei dem wir nur zu tabeln haben, daß man nicht weiter in der Einschränkung gegangen ist.

Es ereignet sich das für die zünftigen und prozigen Bäckermeister Unerhörte, daß die Sanitäts-Behörde in das Heiligthum der Backstuben eindringt, und den Schleier von deren nichts weniger als anmuthigen Mysterien zieht. Selbstverständlich geben sich die Bäckermeister, als sei das eine Verletzung des heiligen Privateigentums, eines der schreiendsten Ungerechtigkeiten der Weltgeschichte. Auf einem Kongresse süddeutscher Bäckermeister verließ sich ein solcher so weit in seiner Wuth, daß er die Gewerbeinspektoren einfach zu Sozialdemokraten stempelte.

Nun wissen wir wohl, daß es eine kleine Anzahl humaner und modern gesinnter Bäckermeister giebt, die ihren Arbeitern, soweit sie es mit Rücksicht auf die Konkurrenz gestattet glauben, das Arbeitsverhältnis erleichtert haben. Aber in den meisten Betrieben bestehen doch die oben geschilderten Uebelstände und auch die Junker müßten sich freuen, wenn dieselben eingeschränkt werden, denn dadurch werden manche Unsauberkeiten aus den Bäckereibetrieben ferngehalten, die schon beim bloßen Gedanken einen Ekel vor dem Backwerk erregen würden.

Die Junker haben in dieser Beziehung eben ein recht schlechtes Gewissen. Gewiß nicht in allen, aber doch in sehr vielen, wenn nicht den meisten landwirtschaftlichen Betrieben, namentlich in Ostelbien, bestehen „patriarchalische“ Zustände, die mit denen im Bäckerergewerbe eine gewisse Ähnlichkeit haben. Auf vielen Rittergütern wird der Tagelöhner ebenso grob behandelt, wie der Bäckergehilfe, oder noch gröber. Er bekommt schlechte Kost und namentlich schlechte Wohnung.

Das Junkerthum fürchtet nichts so sehr, als wenn einmal eine amtliche Untersuchung über diese Zustände angestellt werden würde. Jeden, von dem sie wüßten, daß er auf ihre Rittergüter käme, um die wahren Zustände auf denselben in die Oeffentlichkeit zu bringen, würden sie mit Heßpeitschen traktieren und mit Hundstößen von dannen hegen. Dem Gewerbeinspektor aber müßten sie Zutritt gestatten, wenn auch zähneknirschend. Und wenn dann ähnliche Verordnungen wie gegen die Bäckermeister kämen! Das ist es, was die Nachtruhe der „Edelsten der Nation“ stört.

Dieser Art von Gesetzgebung, welche die „patriarchalischen“ Zustände enthüllt, wollen die Junker und Agrarier um jeden Preis vorbeugen, und darum schreien sie, als sei das Vaterland in Gefahr, weil die Bäckergehilfen nicht nach dem Belieben der Meister mehr ausgebeutet werden sollen. Ueberall hört man den großväterlichen Spruch wiederholen, das Bäckerergewerbe sei eines der ge-

lündesten. Die Berichte der Gewerbe-Inspektoren für 1895 konstatiren das grade Gegentheil.

Daß das „freisinnige“ Bürgerthum im Namen der „Freiheit“ für die Bäckermeister sich ins Zeug wirft, ist natürlich; an die Freiheit der Arbeiter denken die freisinnigen Bourgeois nicht.

Die innere, geistige Verwandtschaft zwischen zünftigen Bäckermeistern und agrarischen Junkern besteht in der gemeinsamen Anhänglichkeit an alte und verrottete Zustände, die bestehen bleiben sollen, damit auch die junkerlichen und junkermeisterlichen Existenzen in ungetrübter Herrlichkeit weiter floriren können.

Sonst gehen diese beiden Klassen einander gewiß nichts an. Jahrhunderte hindurch haben sie sich auf Mord und Brand bekämpft. Heute reichen sich „Ritter“ und „Krämer“ die Hand — so ändern sich die Zeiten!

Soziales und Partei-Leben.

In Schiffbeck und Steinbeck hat ein Streit von 350 Arbeitern der dortigen Eiswerke ein schnelles Ende gefunden. Die Forderungen der Arbeiter: Verkürzung der Arbeitszeit um 1 1/2 Stunden und Erhöhung des Tageslohnes um 50 Pf. sind von den Unternehmern nach wenigen Stunden bewilligt worden. Darauf wurde die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen. Ein anderer Unternehmer derselben Branche hat seinen Arbeitern darauf freiwillig eine Zulage von 50 Pf. pro Tag bewilligt.

Weberstreik. Etwa 200 Weber der Leinenfabrik in Tannhausen (Schlesien) legten die Arbeit nieder. Sie verlangen Lohnerhöhung und Abschaffung des Prämien-systems.

In Weisensefeld ist auch der neue Einigungsversuch vor dem Gewerbegericht, das die ausständigen Schuhmacher als Einigungsamt anrufen hatten, gescheitert. 3000 Schuhmacher streikten weiter, 10 000 Menschen sind mitten im Winter erwerbslos, und zwar nicht aus eigener Schuld, sondern weil die Fabrikanten streikten. Neuerdings behaupten die streikenden Unternehmer (Schuhfabrikanten) sie hätten die friedlichsten Absichten und wollen gerne weiterarbeiten lassen, aber die „bösen“ Arbeiter wollten ja nicht. Sie hätten erklärt:

„Der Verein der Schuh- und Schäftefabrikanten zu Weisensefeld zieht seine Kündigung zurück, wenn die Arbeiter sämtlicher Schuhfabriken (einschließlich der Blasigischen zu den für diese gemachten Zugeständnissen) die Arbeit sofort wieder aufnehmen. Der Verein erwartet um so mehr die Ausführung dieses Beschlusses, als sich die öffentlichen Versammlungen mit den Blasigischen Arbeitern solidarisch erklärt haben und da die Lohnsätze der genannten Fabrik mit allen anderen Fabriken übereinstimmen.“

Merkwürdig ist nur, daß von der Bereitwilligkeit, den Arbeitern Zugeständnisse von Seiten des Fabrikantenvereins zu machen, niemand etwas weiß. Wie wären sonst die Vermittler Bock und Winter, die tagelang eine Einigung um jeden Preis versucht hatten, unverrichteter Sache nach Hause gefahren? Wie hätte der Einigungsversuch vor dem Gewerbegericht scheitern können. Jedenfalls thut hier Aufklärung dringend noth!

Das Räthsel einer Nacht.

Criminal-Roman. Nach den Aufzeichnungen eines Detektivs.
Von Geh. Schöpfer-Perasini.

(9. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Alles Blut drang ihr in die Schläfe, als sie erkennen mußte, daß sie um der Anderen willen, die Liebe des Vaters verlor.

Wörtlich fast wiederholte nun Franziska die Unterredung Valter's mit Anna, nur eines umging sie: den Punkt des einstigen Diebstahls, welchen sie selbst begangen. Es war eine verächtliche That, das fühlte sie und Jedermann mußte sie verdammen.

Sie erwähnte nur, daß ihr Mann Anna Burger einer Zeit gekannt und nach deren Rückkehr die Bekanntschaft wieder angeknüpft habe.

Die Feder des Schreibers flog kreischend über das Papier.

Franziska stockte. Sie fuhr sich mit beiden Händen über das bleiche Gesicht.

Jetzt mußte das Geständniß der That kommen. Valter hielt den Blick fest auf die zusammenschauernde Frau gerichtet.

„Was Sie bis jetzt angaben, wissen wir bereits aus dem Verhör mit Ihrem Gatten,“ sagte der Amtsrichter. Wir kommen nun zu dem wichtigsten Moment. Was geschah, nachdem Ihr Gatte fortstürzte? Sagten Sie nicht vorher, daß Sie Anna Burger vor den Augen Valter's tödten wollten?“

„Ja,“ kam es schwer aus dem Munde Franziska's, „ich hatte es vor. Aber, wie ich jedes Wort hörte, wie es greifbar vor Augen hatte, daß jede Hoffnung auf ein ferneres Glück mir entchwand, da war es wie eine Ahnung über mich gekommen. Ich stützte mich gegen den dünnen Stamm eines Baumes. Krampfhaft hielt

ich die Waffe fest. Das wilde Weh schien mir das Herz abzudrücken. Da stürzte mein Gatte davon, hinaus aus dem Garten.“

„Er ging wirklich und Anna Burger blieb zurück?“ rief der Amtmann dazwischen. „Bedenken Sie wohl, daß Ihr Gatte gänzlich frei von Schuld ist nach diesem Bekenntniß.“

„Ja, er ging,“ sprach Franziska fest. „Ich will auch nicht um einen Zoll mehr von der Wahrheit abweichen.“

„Weiter.“

„Als ich seine Schritte in der Nacht verhallen hörte, wich plötzlich auch die Lähmung von mir. Ich schnellte empor. Einen Schritt vor mir entfernt stand Anna Burger, in diesem Augenblick vom Mond beleuchtet. Sie drückte die Hände auf das Herz und schrie dann plötzlich auf: „Ich liebe ihn noch, ich kann nicht von ihm lassen. Mein Gott, helfe mir aus dieser Noth.“

„Mich trafen diese Worte wie Pfeile,“ fuhr Franziska in ihrer Erzählung weiter fort. „Ich riß halb besinnungslos die Büsche auseinander und stürzte auf Anna zu. In diesem Augenblicke wollte ich sie tödten. Sie hatte einen leichten Schrei ausgestoßen. Dann endlich erkannte sie mich.“

„Was wollen Sie?“ rief sie und suchte in das Haus zu entfliehen.

Aber ich hatte sie bei den Schultern in wahnsinniger Erregung gefaßt. Ich schlug sie ins Gesicht, ich zerriß ihr das Kleid, ich hätte die Waffe in diesem Augenblick gegen sie gerichtet, wenn sie mir nicht den Arm gewaltjam zur Seite geschlagen hätte. Dabei war mir aber der Revolver entfallen.“

„Er war Ihnen — entfallen?“ fragte der Richter mit ungläubigem Lächeln.

„Ja, beim allmächtigen Gott schwöre ich's, ich habe von da an die Waffe nicht mehr gesehen, nicht mehr in die Hand genommen,“ rief Franziska.

Der Amtmann, wie auch Valter durften keinen Werth auf eine solche Aeußerung legen.

Faßt jeder Schuldige schwört und betheuert, unschuldig zu sein.

Hier galt es nur, Beweise zu erbringen.

„Fahren Sie immerhin fort. Was geschah weiter?“

„Ich weiß nicht mehr die Worte zu nennen, mit denen ich Anna Burger überschüttete. Meine Wuth kannte keine Grenzen. Mit leuchtender Brust, aber wortlos hatte die Angegriffene sich verhalten. Als ich sie endlich eine feile Dirne, ein ehrloses Weib nannte, veränderte sich ihr Wesen mit einem Mal. Sie griff mich an, warf mich in den Sand und hielt mich fest.“

„Ehrlos nennst Du mich?“ rief sie mit einer schrecklichen Stimme.

„Wer hat mich ehrlos gemacht? O, ich habe Unmenschliches erduldet, ich habe den Mann, welchen ich liebe, an die grausame Pflicht gemahnt, ich wollte ihm entsagen, — ja, ich wollte morgen die Stadt verlassen, damit er mich nicht mehr fände. Nun aber hat man mich zum wilden Thier gemacht. Ich gehe — ich gehe, — aber mit ihm, mit Deinem Gatten, der mich liebt, den ich wieder liebe.“

„Das wirst Du nicht!“ schrie ich auf.

„Ja, ich thue es,“ antwortete sie mir.

„Eher tödte ich Dich!“

Aber ihre Hände hielten mich fest, und drückten mich nieder.

Aus Anna Burger war ein rasendes Weib geworden. Ich selbst war schuld daran, jetzt aber erfaßte mich plötzlich der Schrecken. So hatte ich nie ein Weib gesehen. Der Wahnsinn schien sie gepackt zu haben. Nun dachte ich selbst an Flucht und es gelang mir, auf die Füße zu springen.

Ich sah keinen Weg, planlos brach ich durch die Büsche, wobei mein Kleid hängen blieb, ohne daß ich dies beachtete. Schließlich fand ich doch das Gartenthor

Aus Nah und Fern.

Todtschlag. Ein schweres Verbrechen hält, wie man aus *Verna* bei Berlin schreibt, die Gemüther der dortigen Bevölkerung in großer Erregung. Ueber die grausige That, die sich am Sonntag Abend ereignete, ist folgendes bekannt geworden: In dem Eigenthümer W. Müggel'schen Hause in der Neustädterstraße hieselbst wohnen die Albert Melcher'schen und die Handschuhmacher Rother'schen Eheleute. Beide Familien liegen seit längerer Zeit in Streit. Am Sonntag Nachmittag waren nun die Melcher'schen Eheleute auf dem Hofe mit Zerkleinern von Holz beschäftigt, als der Handschuhmacher Rother den Hof betrat, um Wasser zu holen. Es entspann sich hierbei wieder zwischen Rother und den Melcher'schen Eheleuten ein heftiger Wortwechsel, der schließlich in Thätlichkeiten ausartete, indem Frau Melcher einen Holzblock nahm und damit Rother auf den Rücken schlug. Als Rother versuchte, den Angriff der Frau abzuwehren, kam der Ehemann Melcher von hinten heran und verfehlte Rother mit seiner schweren, am selben Tage erst scharf geschliffenen Axt mehrere Stöße auf Schulter und Hals. Blutüberflutet sank Rother sofort zur Erde nieder und hauchte nach einigen Augenblicken seinen Geist aus. Die Polizei wurde sofort herbeigerufen, auch stellte sich bald darauf die Gerichtskommission ein, die den Thatbestand aufnahm und die Verhaftung und Abführung der Thäter ins Gerichtsgefängniß veranlaßte. Die Abscheulichkeit der Frau Melcher kam noch dadurch zum Ausdruck, daß sie auf den sterbend zur Erde stürzenden Rother wuthentbrannt mit der Holzklöbe weiter einschlug.

Breslau. Giftmorde. Dem Fabrikbesitzer Paul Kochsch wird zur Last gelegt, zwei Mädchen vergiftet zu haben. Man giebt ihm Schuld an dem vor einiger Zeit eingetretenen Tod der Gerichtsklaristin Anna L. aus Breslau. Diese war in Begleitung des Pächters der Liebenau-Sorgauer Jagd, eines Herrn P. R., der sie für seine Schwester ausgab, am Montag vor Weihnachten von Breslau nach Liebenau gekommen, wo beide bei dem Bauerngutsbesitzer Seidel eingetroffen waren. Als am Abend R. von der Jagd heimkam, fand er die Thür zu dem Zimmer des Mädchens fest verschlossen, und als man sie gewaltsam geöffnet hatte, sah man sich einer Sterbenden gegenüber. Das Mädchen war mit Strychnin vergiftet. Der Jagdpächter P. R. war niemand anders als Fabrikbesitzer Paul Kochsch. Er hatte die Anna L. einige Zeit vorher kennen gelernt und sie so von sich eingenommen, daß sie ihren Eltern entliefe. Alle Bemühungen, das Mädchen zur Rückkehr ins Elternhaus zu bewegen, waren ergebnislos. Kochsch logirte das Mädchen am 12. Dezember v. J. bei der Modistin Rodewald ein. Dort kam es aber zu so heftigen Eifersuchtszügen zwischen den beiden Mädchen, daß Kochsch die Anna L. wieder jortnahm und sich mit ihr am 21. Dezember in sein Jagdrevier begab, von wo sie lebend nicht mehr zurückkehren sollte. Da Kochsch beide Giftmorde (die Anna L. und die Rodewald) begangen hat, oder ob er unter einer allerdings im höchsten Grade seltenen Verkettung von Umständen lediglich der Zeuge und die mehr oder minder schuldige Veranlassung zweier Selbstmorde ist, wird die Untersuchung wohl bald klarstellen. Kochsch ist Eigenthümer einer bedeutenden metallurgischen und chemischen Fabrik. Er wird als ein sogenannter „schneidiger“ Mann von ansprechendem Aeußern und mit gewandten Manieren geschildert. Das Gift Brucin, an dem die Modistin Rodewald gestorben ist, ist ein Giftstoff, der sich im Körper sehr rasch zerlegt und in der

Leiche schon nach kurzer Zeit auf chemischem Wege nicht mehr nachweisbar ist. Das Brucin kommt mit dem ähnlich, aber noch stärker wirkenden Strychnin in der Rinde des Strychnos- oder Krähenaugen-Baumes vor, der im tropischen Ostasien heimisch ist. Brucin führt den Tod durch Starrkrampf der Brustmuskeln und Lungenlähmung herbei, verändert aber das Aussehen des Körpers nicht. Es wurde 1819 von Pelleton entdeckt, wurde aber nicht in den Arzneimittelschatz aufgenommen, in dem Strychnin eine große Rolle spielt. Im Jahre 1856 erlangte es eine traurige Berühmtheit, indem durch ein Versehen zur Herstellung von Angostura-Bitter in Bremen Strychnosrinde statt Angosturarinde benutzt worden war, ein Versehen, das einer größeren Anzahl Menschen das Leben kostete.

Breslau. Von der Anklage der Verbreitung unzüchtiger Schriften (§ 184 R.-St.-G.-B.) wurde der verantwortliche Redakteur der „Volkswacht“, Gen. Zahn, vom hiesigen Landgericht freigesprochen. Er handelt sich um eine Stelle in einem Feuilleton: „Bilder aus dem orientalischen Volksleben“ von Fritz Kunert, worin die morgenländische Unsitte der Knabenliebe und der geschlechtliche Umgang mit Thieren scharf getadelt wird. Die Anklage hatte der Staatsanwalt Dr. Reil erhoben, der wenige Wochen zuvor rühmend die hohe Sittlichkeit der Arbeiterpresse im Gegensatz zu der bürgerlichen Presse betont hatte und dafür von der konservativen „Schlesischen Zeitung“ scharf angegriffen worden war. Herr Reil beantragte denn auch zwei Monate Gefängniß gegen den Angeklagten Zahn. Das Gericht betonte in dem freisprechenden Erkenntniß jedoch, daß von einer Verbreitung unzüchtiger Schriften nicht die Rede sein könne, vielmehr aus der inkriminirten Stelle hervorgehe, daß die erwähnten Unsittlichkeiten auf das Schärfste verurtheilt würden.

Der Herr Pastor. Am 27. Dezember v. J. starb in Creveze in der Altmark der Pastor Senftleben. Jetzt hat sich nun in den drei zur Pfarochie Creveze gehörenden Kirchensassen ein Fehlbetrag von je ca. 700 Mark und in der hiesigen Ortsarmenkasse ein solcher von etwa 300 Mk. herausgestellt. Mit verschiedenen unbezahlt gebliebenen Rechnungen soll sich der Fehlbetrag auf über 4000 Mk. belaufen, über dessen Verbleib die Untersuchung das Nähere ergeben dürfte. Die Wittve des Verstorbenen hat den Ort verlassen; die dort noch vorhandenen Sachen sollen jetzt mit Beschlagnahme belegt worden sein.

Blinder Eifer. Die Attentatsfurcht in der Umgebung des Kaisers von Rußland hat einen bedauerlichen Unglücksfall hervorgerufen. Der Zar bemerkte, wie aus Petersburg gemeldet wird, in seinem Parke einen Gärtner, der dort arbeitete. Er winkte ihm, näher zu kommen. Dies hatte ein Wachthabender des Zaren nicht bemerkt, sondern glaubte, als er den Mann eiligt auf den Zaren zulaufen sah, er könne diesen bedrohen. Deshalb schoß der Mann auf den Gärtner, der sofort todt zusammenbrach. Der Zar befindet sich in Folge dieses Vorfalles in großer Erregung.

Standesamtliche Nachrichten.

vom 10. bis 16. Januar 1897.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.
Januar. 3. Arbeitsmann Johann Christian Ernst Eulers. 5. Arbeitsmann Christian Joachim Heinrich Dunder. Arbeitsmann Heinrich Hans Friedrich Feßlern. Arbeitsmann Hans Christoph Johann Hoff. Arbeitsmann Friedrich Wilhelm Joachim Schlaum. 6. Eisenbahn-Wagenmeister Peter Anton August Wilhelm Gottschalk. Bädermeister Wilhelm Johann Joachim Cajß. Schneidergeselle Johann Jochen Peter Hinrich Kranz. Matrose Heinrich Joachim Carl Bartholz. 7. Kellner Andreas Friedrich Ludwig Reger. 8. Maler Johann Friedrich Bernhard Wilden. 9. Arbeits-

mann Johann Joachim Hans Peter Buggenthin. Kaufmann Carl Friedrich Leufstedt. Steuermann Friedrich Andreas Carl Johann Frey. 10. Schuhmacher Johannes Hinrich Solbt. Arbeitsmann Friedrich Martin Theodor Schomann. Bierführer Johann Joachim Bienen. Steward Joachim Carl August Junne. 11. Tischlergeselle Otto Emil Vissand. Schuhmacher Johann Heinrich Christoph Schwarz. Bureaubeamter Karl Heinrich Joseph Heine. Malermeister Carl Wilhelm August Gihlde. 12. Bädermeister Friedrich Wilhelm Christian Willen. Arbeitsmann Jochim Heinrich Ludwig Stüwe. 13. Arbeitsmann Robert Peter Josua Alvert. 14. Arbeitsmann Augustin Petersson. Eisenbahn-Bureau-Expedit Friedrich Wilhelm August Nibel. Arbeitsmann Joch. Adolf Heinrich Schröder.

b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters

Januar. 5. Steuermann Christian Heinrich Ludwig Ernst. 6. Buchhalter Friedrich Wilhelm Ludwig Laudorn. Arbeitsmann Johann Joachim Friedrich Wulf. Tischlergeselle Heinrich Christian Carl Marcus Anton Martens. Eisenbahnarbeiter Johann Friedrich Carl Elias Haack. Cigarrenmacher Hermann Reichel. 8. Arbeitsmann Ludwig Adolf Martin Christian Lehrmann. Schneidergeselle Johann Carl Wilhelm Alsmann. Schlossergeselle Paul Theodor Gottfried Johann Heinde. Steuermann Hans Matthias Friedrich Böbs. 9. Flussschiffer Johann Michael Hinrich Stüß. 10. Arbeitsmann Johannes August Peter Hansen. Schlossergeselle Willy Claus Heinrich Meyer. 11. Arbeitsmann Hans Jochim Heinrich Zimmer. 12. Schreiber beim Stadt- und Landamt Rudolph Willy Carl Hammann. 13. Schlossermeister Carl Emil Julius Steffens. 14. Uhrmacher Martin Johannes Haln. Kustos am Rathhause Johann Christian Wilhelm Gottschalk. 15. Schuhmann Carl Gindler.

Sterbefälle.

Januar. 9. Anna Christina Sophia geb. Stöckling, Wittve des Arbeitsmannes Johann Friedrich Fröhme, 70 J. Heinrich Ludwig Adolf Voss, 2 M. Emma Caroline Sophia Wittcher, 38 J. 10. Schankwirth Johann Jochen Heinrich Meier, 42 J. Christine Maria Erna Steffen, 6 M. Zwei todtgeb. Knaben, 3. Drechslergeselle Friedrich August Burghardt. David Anton Friedr. Heiden, 11 M. Ein todtgeb. Mädchen, 3. Schumann Hermann Richard Seiler. Buchhalter Reinhold Oscar Bran, 31 J. 11. Margaretha Dorothea geb. Harloff, Ehefrau des Arbeitsmannes Alexander Theodor Jürgen Stöckling, 85 J. Maria Margaretha geb. Wüner, Wittve des Dachdeckers Joachim Christian Heinrich Spiegel, 70. Franz Carl Christian Ludwig August Döbge, 6 M. Emma Bertha Johanna Dorothea Wöller, 2 J. Arbeitsmann Hans Joachim Hinrich Busch, 67 J. 12. Luise Esfrieda Kubersson, 4 M. (Vorwerk). Anna Maria geb. Oldenburg, Wittve des Hauswirths Johann Friedrich Ernst Oldenburg, verwitwet gewes. Kreisfeld, 77 J. Fritz Paul Max Horkischäfer, 6 M. Privatmann Carl Friedrich Mohls, 88 J. Ein todtgeborenes Mädchen, 3. Kaufmann Johann Christian Otto Frick. 13. Willy Johannes Heinrich Friedrich Scheel, 5 J. Catharina Maria Eidenburg, 64 J. Wirth Johann Martin Ferdinand Lange, 70 J. Anna Catharina Elisabeth geb. Voss, Ehefrau des Hauswirthes Johann Wilhelm Franz Schenk, 54 J. 14. Brodtträger Johann Jürgen Christian Mahns, 62 J. Anna Eggers, 4 M. Meno Des, 13 T. Kassenbote Franz Joachim Friedrich Fied, 78 J. 15. Bahnwärter Johann Heinrich Joachim Wulf, 64 J. Elise Sophia Catharina Schmann, 31 J.

Ungeordnete Angebote.

11. Januar. Arbeiter Adolf Hinrich Friedrich Fied und Maria Wilhelmine Drogge zu Schönberg i. M. Weichhändler Israel Lemmersmann zu Vorben und Frieda Oseniel. 12. Handlungsgehilfe Carl Heinrich Marcus Eduard Sager und Maria Catharina Dorothea Weß. Buchhalter Johann Friedrich Bielefeldt und Catharina Elise Antony Sommer. 14. Eisenreher Joachim Heinrich Richter und Elise Marie Dorothea Heuer. Konditorgehilfe Theodor Heinrich Friedrich Wilhelm Ehlers zu Braunschweig und Bertha Sophia Magdalena Schlichting. 15. Metallreher Georg August Wegandt und Fanny Elisabeth Elvira Andersen. Arbeiter Heinrich Wilhelm Vergeest und Anna Christine Dorothea Schwarz, beide zu Vorwerk. Praktischer Arzt Dr. med. Karl Friedrich Otto Ludwig Roth und Magda Wolpmann. 16. Praktischer Arzt Dr. med. Hermann Hennings und Anna Eleonore Catharina Rehder.

Geschichtungen.

12. Januar. Arbeiter Friedrich Johann Joachim Parbs und Catharina Maria Lüttjohann zu Schabbingsdorf. 14. Schlachter Peter Jochim Friedrich Eduard Harder und Marie Friederike Christine Wichter. 15. Bäckergehilfe August Georg Friedrich Pantermüller und Pauline Magdalena Catharina Louise geborene Grube, des Milchhändlers August Friedrich Rudolph Schomacker Wittve. Bantenduker Johannes Christian Heinrich Schöning und Anna Auguste Elise Neumann. 16. Schlossergeselle Johannes Friedrich Wilhelm Ramm und Bertha Maria Sophia Dorothea Heest. Arbeiter Hermann Albert Ott und Johanna Sophia Friederike Jung. Schauspieler Carl Albert Kunze und Caroline Amalia Franziska Fleischmann.

und stürzte wie gekehrt davon. Ich erinnere mich, in dem Augenblick, da ich in das Stadthor einbog, einen fernen Schuß vernommen zu haben. Aber ich achtete nicht darauf.

Meine Gedanken waren noch wirt, ungeordnet; ich strebte nur nach Hause. Daß ich dort ankam, noch immer in der furchtbarsten Aufregung, ist wohl leicht erklärlich.

Auf der Treppe schon traf ich mit meinem Gatten zusammen. Er kam aus seinen Zimmern und blickte mich verächtlich an.

Dadurch wurde ich wieder an die Ursache meiner heutigen Demüthigung erinnert. Ich eilte an das Bett meines Kindes.

Allmählich hatten sich meine Gedanken wieder gesammelt. Wie ich mich über das kleine Wesen, das einzige Band, welches unsere Ehe noch zusammenhielt, beugte, schrie ich laut auf.

Das Kind war todt. Gleich darauf trat mein Gatte ein. Es fielen bittere Worte. Ich sagte ihm, daß ich nun Alles wisse, daß ich ihn belauschte und wollte wissen, was nun geschehe.

„Wir trennen uns,“ rief er. Ich aber lachte voll Wuth hinaus.

„Wir werden ja sehen,“ rief ich. „Das ist bei Gott die volle Wahrheit!“ schloß Franziska. „Ich weiß es, ein entsetzlicher Zufall zieht die Ketten immer enger um mich, und doch kann ich nichts thun, als rufen: „Ich habe die That nicht begangen. so wenig wie Volken.“

Erstöpft schwieg Franziska. Der Amtmann wußte nicht, was er von diesen Worten zu halten hatte.

„Wir werden ja sehen, riefen Sie dem Gatten zu,“ sagte er. „Was meinten Sie damit? Doch nur, daß

sein Vorhaben, sich von Ihnen zu trennen, ihm eine bittere Enttäuschung bringen mußte, da Anna Burger todt war?“

„Nein, nein,“ keuchte Franziska. „Wie konnte ich von ihrem Tod wissen? Ich wollte am nächsten Morgen öffentlich Anna Burger anklagen und auf deren Stadtverweis bringen.“

„Nun jagen Sie uns aber auch, aus welchem Grunde schwiegen Sie denn, als Ihr Gatte, den Sie doch ungeschuldig wußten, verhaftet wurde? Das ist doch zum Mindesten sehr sonderbar.“

„Ich weiß, auch dies gereicht mir zum Verderben. Ich schwieg, weil ich anfänglich nur an eine vorübergehende Fast dachte, dann aber konnte ich, wenn ich sprach, nicht anders, als ein sehr schlechtes Licht auf mich werfen. Das wollte ich vermeiden.“

„Aber in solch wichtigem Falle dürfen doch solche Bedenken nicht in die Waagschale fallen. Sie hatten andere Gründe.“

„Ja,“ stieß Franziska hervor, „ich schwieg, weil ich, trotz des Todes der Anna Burger, nun meinen Gatten haßte! Möchte er leiden.“

„So. Wie lange hätten Sie wohl noch geschwiegen?“ fragte der Amtmann.

„Daß — weiß ich nicht!“ lautete die Antwort. „Gestatten Sie mir eine Zwischenfrage,“ wendete sich Balder an den Richter. „Es wäre von Interesse, die Dame zu fragen, was sie eigentlich davon dachte, daß ihr Mann während der ganzen Untersuchung mit keiner Silbe des Umstandes erwähnte, das Franziska nach ihm mit Anna Burger zusammentraf, daß er sie auf der Treppe in erregtem Zustande fand.“

„Ja der That,“ nickte der Verhörende, „das ist wichtig. Wie dachten Sie sich das eigentlich, Frau Volken?“

Es kostete Mühe, eine verständliche Antwort zu erhalten.

„Ich — machte mir gar keine Gedanken darüber. Vielleicht, daß er aus Troß schwieg. Heute aber weiß ich, weshalb es geschah.“

„Nun?“ Wieder eine schwere Pause. Heftig wogte Franziskas Busen.

„Er — hielt mich für die Schuldige und erwartete, daß ich, einen freiwilligen Tod suchend, dem Gericht meine Schuld bekannte und ihn so befreite.“

„Das ist auch die allgemeine Ansicht. Ich frage Sie nun, beharren Sie nun bei der Angabe, die Anna Burger nicht erschossen zu haben?“

„Ja, ich habe die Wahrheit gesagt.“

„Die Ihnen kein Gerichtshof der Welt glauben wird,“ rief schroff der Amtmann. „Oder wüßten Sie irgend eine Person uns anzugeben, welche auch nur das geringste Interesse besaß, die Anna Burger zu tödten?“

„Nein,“ flüsterte Franziska, zusammenschauernd, „ich weiß Niemanden.“

„So kann ich Ihnen nur rathen, reuig in sich zu gehen und die That zu gestehen. In diesem Fall wird der später zusammentretende Gerichtshof Ihnen gewiß mildernde Umstände zubilligen.“

„Ich habe nichts zu gestehen, als was ich schon sagte.“

„Nun gut, gut. Man wird ja sehen.“

Zornig stieß der Verhörende auf den Deckel der Kriminal-Prozess-Ordnung.

Das Verhör was für's Erste beendet und Franziska Volken wurde in ihre Zelle zurückgeführt. Sie wußte nun, daß sie so gut wie verurtheilt war. Ihr einstiges Verbrechen, denn nur den Diebstahl hatte sie begangen, rückte sich in furchtbarer Weise.

(Fortsetzung folgt.)